

# DEMOGRAPHIE



Mitteilungen der Johann-Peter-Süßmilch-Gesellschaft für Demographie e. V. - Berlin 2000, Nr. 22

## Aus dem Leben unserer Gesellschaft

Ein kurzer Überblick über das Geschehen seit Dezember 1999

Seit dem Dezember 1999 hat sich in unserer Gesellschaft viel getan. Zum einen führten wir zwei Arbeitskreise zu den Themen "Zur Selektivität von Migrationsprozessen am Beispiel Mecklenburg-Vorpommern" und "Möglichkeiten und Grenzen pronatalistischer Bevölkerungspolitik: III. Reich - DDR, eine Gegenüberstellung" durch. Zum anderen organisierte unsere Gesellschaft während der Statistischen Woche am 25.09.2000 in Nürnberg zum sechsten Mal einen ganzen Veranstaltungstag, u.a. mit Herrn Joseph Chamie, dem Direktor der Population Division der UN.

Am 4. Dezember 1999 fand unsere Mitgliederversammlung statt, die sich vor allem mit dem „Verschmelzungs“-angebot der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft (DGBw) beschäftigte (juristischer Begriff für Auflösung beider Gesellschaften und Neugründung einer neuen Gesellschaft). An diesem Tag wurde beschlossen, dass unser Vorstand mit dem Vorstand der DGBw Verhandlungen aufnehmen soll, mit dem Ziel einer engeren Zusammenarbeit und der möglichen Gründung einer neuen Gesellschaft. Dieser Beschluss bildete die Grundlage der weiteren Vorstandsarbeit. Bis zum Juni 2000 fanden drei Vorstandssitzungen sowie drei weitere gemeinsame Vorstandssitzungen mit dem der DGBw statt. Neben der Gestaltung des Verschmelzungsprozesses spielten in diesen Sitzungen auch die Vorbereitung der gemeinsamen Tagungen im Dezember 2000 und im Juni 2001 eine wichtige Rolle. Im Verlaufe dieses Prozesses zeigte sich jedoch, dass es im Vorstand unserer Gesellschaft sehr verschiedene Auffassungen bezüglich der Umsetzung dieses Beschlusses gab. Über diese Meinungsverschiedenheiten, die letztendlich zum Rücktritt von vier Vorstandsmitgliedern führten, wurden Sie ausführlich informiert.

Am 07.07.2000 wurde daraufhin eine außerordentliche Mitgliederversammlung durchgeführt. Nach einer ausführlichen Diskussion trat die deutliche Mehrheit der Anwesenden für eine Verschmelzung/Neugründung der beiden Gesellschaften bis zum Jahr 2002 (4 Gegenstimmen von 18) ein. So schlecht diese Übergangsphase für eine Gesellschaft auch war, so gut ist es nun, dass diese Krise gemeistert wurde und unser neuer Vorstand über einen klaren Auftrag seiner Mitglieder verfügt.

Ausdrücklich sei an dieser Stelle noch einmal unserem langjährigen Präsidenten, Prof. Dr. Parviz Khalatbari, für sein großes Engagement beim Aufbau und der Entwicklung unserer Gesellschaft gedankt. Er findet nun in Prof. Eckart Elsner einen würdigen Nachfolger.

Der „Verschmelzungs“-Prozess unserer Gesellschaften ist nun bereits auf die Schiene gesetzt. Die Vorsitzenden beider Gesellschaften haben sich in einem Rundbrief – mit dem Entwurf einer neuen Satzung – an alle Mitglieder, gewandt, die nun von ihnen kritisch diskutiert und weiterentwickelt werden sollte. Dies betrifft u.a. Vorschläge und Anregungen zum Namen der neuen Gesellschaft, zur Besetzung und Amtszeit des Vorstandes, zur Kommunikation in der Gesellschaft (Mitteilungsblatt, Zeitschrift), zur Ausgestaltung der Tätigkeit der Gesellschaft u.a.m. Die Beteiligung möglichst vieler Mit-

Am 18. Oktober 2000 verteidigte Antje Hilbig (Uni-Greifswald) ihre Dissertation zum Thema "Kleinräumige Differenzierung der Bevölkerungsdynamik in Mecklenburg-Vorpommern" mit magna cum laude!

**Herzlichen Glückwunsch**

glieder unserer Gesellschaft sowie der am Gebiet der Demographie Interessierten ist ausdrücklich erwünscht. Nur dann können wir die große Chance, die sich beiden Gesellschaften mit dieser Verschmelzung bietet, effektiv nutzen. Diese neue Gesellschaft könnte ein Garant für die Entwicklung eines interessanten wissenschaftlichen Lebens auf dem Gebiet der Demographie sein und die Anliegen dieser Wissenschaft noch wirkungsvoller in der Öffentlichkeit und im politischen Raum vertreten.

## Unser neuer Vorstand

Präsident:	Eckart Elsner
Geschäftsführer:	Steffen Maretzke
Schatzmeister:	Rembrand Scholz
Mitglied:	Brigitte Deuse
Mitglied:	Betty Mißfeld
Mitglied:	Matthias Förster
Mitglied:	Enno Nowossadeck

Der Vorstand

**All unseren Mitgliedern und Lesern  
wünscht die Redaktion  
ein Frohes Weihnachtsfest und  
einen guten Rutsch  
ins neue Jahr**



## Inhaltsverzeichnis

Beiträge	Seite
<i>Nach dem Schock: Anpassung oder eigenständige Verhaltensmuster?</i>	2
<i>Zur Selektivität von Migrationsprozessen am Beispiel Mecklenburg-Vorpommern</i>	6
<i>Möglichkeiten und Grenzen pronatalistischer Bevölkerungspolitik: III. Reich - DDR, eine Gegenüberstellung</i>	7
<i>Probleme der Demographie im 21. Jahrhundert</i>	9
<i>Auf die Rentenformel kommt es an</i>	12
<i>Frauen, Familie und das ganze Gedöns</i>	13
<i>Schily gibt der Zuwanderungskommission Aufgaben vor</i>	15
<i>Hoyerswerda wird eine Geisterstadt</i>	16
<i>Blick ins neue Jahrtausend – was erwarten die Immobilien-Profis?</i>	17
<i>Fakten über Europa auf einen Blick</i>	17
<i>Ausgewählte Mikrozensus-Ergebnisse</i>	18
<i>Internet-Recherche Stichwort: Geburten</i>	19
<i>Statistik-Weltkongress im Jahr 2003 in Berlin</i>	20
<i>Hinweise auf neue Publikationen</i>	21
<i>Veranstaltungen, Konferenzen, Tagungen</i>	22
<i>Termine des Arbeitskreises Demographie</i>	22

## Nach dem Schock: Anpassung oder eigenständige Verhaltensmuster?

10 Jahre nach dem Fall der Mauer fand am 3. und 4. Dezember 1999 eine gemeinsame Konferenz der Johann-Peter-Süßmilch-Gesellschaft für Demographie und der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaften in Berlin in den Räumen der Humboldt-Universität statt. Im Folgenden werden Kurzfassungen zu den gehaltenen Referaten wiedergegeben.

### Die Bevölkerungsvorausschätzung des DIW aus dem Jahre 1990 im Lichte der tatsächlichen Entwicklung

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat im Frühjahr 1990 eine in den Rahmenbedingungen und den Wanderungen zwischen Ost- und Westdeutschland abgestimmte Bevölkerungsvorausschätzung für die BRD und die DDR veröffentlicht. Es war damit das erste Institut, das eine Bevölkerungsvorausschätzung quasi für Gesamtdeutschland vorgelegt hat. Die zugrunde gelegten Annahmen und die für 1998 erwarteten Ergebnisse sind in der Übersicht zusammengefasst. Ende 1998 hatte Westdeutschland eine Einwohnerzahl von 66,7 Mio. und Ostdeutschland von 15,2 Mio. Damit ist die realisierte Entwicklung in Westdeutschland vergleichbar mit der Vorausschätzung der Variante B und in Ostdeutschland mit der Variante A.

Obwohl global die Vorausschätzung somit als relativ gut angesehen werden könnte, wies die tatsächliche Entwicklung in zwei Bereichen wesentliche Unterschiede zu den Annahmen auf. So wurde die nach 1989 einsetzende drastische Veränderung des Geburtenverhaltens in Ostdeutschland völlig unterschätzt und auch die bereits 1990 einsetzenden massiven Zuwanderungen - insbesondere von Asylbewerbern und Bürgerkriegsflüchtlingen - fielen höher, aus als erwartet.

Sicherlich war eine Vorausschätzung der Bevölkerungsentwicklung in West- und Ostdeutschland bereits kurz nach der Wende ein Wagnis. Dennoch sind die theoretisch abgeleiteten Entwicklungen grundsätzlich eingetroffen. Es hat sich jedoch ebenfalls erneut gezeigt, dass das individuelle Verhalten nicht gänzlich erfassbar ist. Solche drastischen Veränderungen, wie beim Geburtenverhalten der ostdeutschen Frauen, und solche sprunghaft ansteigenden - teilweise kriegsbedingten - Wanderungen sind nicht im voraus zu bestimmen. Davon sollte man sich jedoch nicht entmutigen lassen. Wichtig ist, dass die Annahmen offengelegt werden und nachvollziehbar sind, damit die Nutzer solcher Daten sich ihr eigenes Bild machen und für sich entscheiden können, ob sie eine solche Entwicklung für wahrscheinlich halten oder nicht.

Erika Schulz, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

	Westdeutschland	Ostdeutschland		
Geburtenziffern (Gz)	Deutsche Frauen			
	relativ konstantes Geburtenverhalten zusammengef. Gz. 1300 (Geburtsjahrgang 1973)	Rückgang der Geburtenhäufigkeit auf 1500 (Geburtsjahrgang 1973)		
	Ausländische Frauen			
	Rückg. bis 2000 auf eine periodenspez. Gz von 1600	keine Annahmen		
Sterblichkeit	moderate Steigerung der Lebenserwartung auf 73,5 Jahre Männer - und auf 79,8 Jahre Frauen	etwas stärkere Zunahme der Lebenserwartung als im Westen, in 2040 gleiche Sterblichkeit in Ost und West		
Ost-West Wanderungen	Szenario A: gute Rahmenbedingungen Wanderungssaldo 1989-98 gegenüber Ostdeutschland 1,2 Mio.			
	Szenario B: schlechtere Rahmenbedingungen Wanderungssaldo 1989-98 gegenüber Ostdeutschland 1,7 Mio			
Außenwanderungen	Deutsche:			
	Saldo 1989-98 1,6 Mio (A); 1,8 Mio. (B)	in Binnenwanderungen enthalten		
	Ausländer:			
	Saldo 1989-98 1 Million (A + B)	keine Annahmen möglich		
Ergebnisse für 1998				
	A	B	A	B
0 - u. 20	13,5	13,7	3,7	3,5
20 - u. 60	37,5	38,0	8,3	7,9
60 u. älter	14,6	14,7	3,3	3,3
insgesamt	65,6	66,4	15,3	14,7

### Die Entwicklung der Fertilitäts- und Nuptialitätsverhältnisse in Mecklenburg-Vorpommern in der Zeit von 1990 bis 1998

Der Zusammenbruch der DDR und die Übernahme des bundesdeutschen Gesellschaftssystems führten auch in der Bevölkerung Mecklenburg-Vorpommerns zu neuen Verhaltensmustern, die sich in einer massiven Änderung fast aller demographischer Parameter äußerten. Während die Bruttoreaten für die Lebendgeborenen, die Eheschließungen und die Ehescheidungen in der Mitte der 80er Jahre in Mecklenburg-Vorpommern noch etwa eineinhalbmal so hoch waren wie in den alten Bundesländern, sanken sie zu Beginn der 90er Jahre auf etwa deren Hälfte. Die Unterschiede zwischen Mecklenburg-Vorpommern und den neuen Bundesländern insgesamt von vor 1990 sind danach sehr schnell verschwunden.

Die Entwicklung der Geburtenziffern deutet auf einen lang andauernden Annäherungsprozess an die Fertilitätsverhältnisse der alten Bundesländer hin. Bei der Ehelichkeit der Geburt hat sich das aus der DDR-Vergangenheit bekannte Muster noch verstärkt, wobei inzwischen in Mecklenburg-Vorpommern mehr Kinder von nicht verheirateten Frauen geboren werden als von verheirateten. Hier hat sich ein eigenständiges Verhaltensmuster etabliert, denn in den alten Bundesländern beträgt die Ehelichenquote etwa 84 %. Die Geburtenziffern der nicht Verheirateten liegen in Mecklenburg-Vorpommern dennoch unter denen aller Frauen.

Die Entwicklung der Heiratsziffern der Ledigen zeigt, dass die Altersverteilung der ledig Heiratenden in Mecklenburg-Vorpommern in etwa der der alten Bundesländer entspricht. Die Heiratsneigung ist jedoch in allen Altersjahren geringer, insbesondere bei den Männern. Da die Heiratsziffern der Ledigen in den alten Bundesländern in den 90er Jahren deutlich gesunken sind, erscheint hier auch eine Annäherung in umgekehrter Richtung möglich.

Hartmut Fischer

Lehrstuhl für Statistik, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Universität Rostock

## **Die Entwicklung von Familienorientierungen ostdeutscher Jugendlicher seit Anfang der 90er Jahre**

Anders als in der Bundesrepublik war für die Menschen in der DDR der institutionell durchorganisierte Lebenslauf sowie eine umfassende Einbeziehung von "Privatem" in gesellschaftliche Strukturen typisch.

Der Lebenslauf erfolgte im Wesentlichen als ein zeitlich überschaubarer Durchlauf durch verschiedene Institutionen, angefangen bei den Kinderbetreuungseinrichtungen wie Krippe und Kindergarten, über die Schule und Berufsausbildung bis hin zu den Betrieben, der Armee, den Hochschulen etc. Jede Institution versah die Individuen mit Leistungsnachweisen (Zeugnisse, Beurteilungen, Statusbezeichnungen u. ä.), wies ihnen soziale Positionen zu und bestimmte nicht zuletzt den Zugang zu materiellen und finanziellen Ressourcen. Die Erwartbarkeit institutioneller Vorgaben und Bewertungen verliehen der individuellen Lebensplanung in der DDR ein hohes Maß an Sicherheit, Planbarkeit und Kontinuität auf der einen Seite, zugleich entstanden auf der anderen Seite Zwänge, die individuelles Handeln für den Staat verlässlich machten. Diese fast durchgängige und in hohem Maße vereinheitlichte Institutionalisierung des Lebenslaufes umfasste auch die familialen Verhaltensweisen.

Dreh- und Angelpunkt zu ihrem Verständnis war die gesellschaftlich gewollte und durchgesetzte Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die daraus resultierende hohe Erwerbsbeteiligung der Frauen. Der Verpflichtungscharakter des Vereinbarkeitsmodells, die Normierung des individuellen Verhaltens durch (Arbeits- und Freizeit-) Kollektive und die Herkunftsfamilie sowie die geringe Akzeptanz von Kinderlosigkeit bestimmten ganz wesentlich das familiale wie generative Verhalten der Menschen. Erheblichen Einfluss auf den Verlauf des sogenannten Familienzyklus in der DDR hatte auch die im Vergleich zur Bundesrepublik deutlich kürzere Verweildauer im Bildungssystem. Die Jugendlichen erreichten dadurch ihre wirtschaftliche Selbständigkeit früher und vollzogen eher den Übergang zum Erwachsenenstatus (Adoleszenz). Das führte u. a. dazu, dass die Lebensverläufe früher und häufiger in Familie und Elternschaft mündeten als in der Bundesrepublik. Familie und Elternschaft waren zu DDR-Zeiten selbstverständliche Elemente der Normalbiographie.

In Auswertung von drei standardisierten Jugendbefragungen in Ostberlin aus den Jahren 1996, 1997 und 1999 wird der Frage nachgegangen, wie sich der Institutionenwandel nach 1989 bei gleichzeitig damit einhergehender Deinstitutionalisierung der Lebensverläufe und daraus folgender beträchtlicher Erweiterung der biographischen Entwicklungsmöglichkeiten (Diversifizierung) auf die Lebensplanungen junger Menschen ausgewirkt hat.

Dazu wurden die allgemeinen Zukunftsvorstellungen der Jugendlichen, ihre Berufswünsche und deren Realisierungsstrategien sowie die Familienvorstellungen und Kinderwünsche untersucht.

Ausgewählte Ergebnisse:

1. Partnerschaft, Familie (nicht Ehe!) und Kinder besitzen nach wie vor einen hohen Stellenwert in der Lebensplanung.
2. Die Lebensplanung der Jugendlichen ist immer noch auf eine schnelle Unabhängigkeit vom Elternhaus und ein frühes Erreichen des Erwachsenenstatus gerichtet. Damit setzen die Jugendlichen zumindest in der Lebensplanung biographische Muster fort, wie sie in der DDR typisch waren.
3. Die zeitliche Einordnung der Erstelternschaft in die Le-

bensplanung lässt eine allmähliche Anpassung an westdeutsche Muster generativen Verhaltens erwarten. Allerdings wird dieser Prozess von den Jugendlichen in sehr unterschiedlichem Maße vollzogen. Neben einer Gruppe (ca. 15 %), die den westdeutschen Mustern schon fast entspricht, gibt es eine Teilpopulation (ca. 25 %), die in ihren Orientierungen in DDR-typischen Mustern verharret.

Harald Michel  
IfAD Berlin

## **Zur Entwicklung der Lebenserwartung im Freistaat Sachsen**

Im Sterbegeschehen der Bevölkerung des Freistaates Sachsen wird seit 1988 eine systematische Verbesserung der Überlebensbedingungen deutlich. Das gilt für die weibliche Bevölkerung stärker noch als für die männliche. Altersspezifisch sind im besonderen Maße die Bürger im hohen und höheren Alter an diesem Fortschritt beteiligt. Von 1988 bis 1995 kam es zu einer Verlängerung der mittleren Lebenserwartung bei Knaben um 1,3 Jahre auf 71,7 Jahre und bei Mädchen um 2,5 Jahre auf 78,9 Jahre. Defizitäre Entwicklungen der Überlebensbedingungen gab es im Vergleich der Jahre 1995 zu 1988 nur bei den Männern um das 18. Lebensjahr und im Altersbereich von 35 bis 45 Jahre.

Bemerkenswert sind bei der männlichen Bevölkerung die Todesursachen Unfall, Herz-Kreislauf-Krankheiten und Tod an einer Neubildung. Danach kommen Krankheiten der Verdauungsorgane. Im Vergleich der Jahre 1995 und 1988 zeigen sich negative Entwicklungen bei den Männern nur für die Todesursachenklassen Unfall und Krankheiten der Verdauungsorgane ab. Der Tod an Herz-Kreislauf-Krankheiten erreicht bei den Frauen 63 % aller Verstorbener bei höchstem todesursachenspezifischem mittleren Sterbealter. Für Frauen liegt das mittlere Sterbealter bei Neubildungen deutlich unter der Lebenserwartung.

Die Müttersterblichkeit liegt 1996 unter dem Niveau für Orientierungen für neu zu gestaltendes gesundheitspolitisches Handeln. Besonders auffällige Werte der Bedeutsamkeit (PYLL) zeigen Verkehrsunfall, Herzinfarkt, die Schrumpfleber sowie der Brustkrebs. Die sich erhöhenden mittleren Sterbealter bei nahezu allen Todesursachenklassen weisen auf eine systematische Verbesserung der medizinischen Versorgung hin.

Jürgen Schott, Technische Universität Dresden

## **Sterblichkeitsverhältnisse in Mecklenburg-Vorpommern**

Die Sterblichkeitsverhältnisse in Mecklenburg-Vorpommern, gemessen an der Maßzahl einer mittleren Lebenserwartung, weisen nach 1990 erhebliche Veränderungen auf. Für beide Geschlechter wird ein unterschiedlich ausfallender Bruch um das Kalenderjahr 1990 deutlich. Bei den Frauen gibt es nur ein geringes Absinken dieser Maßzahl, danach verläuft der Prozess der Lebensverlängerung wieder stetig. Bei den Männern ist das Absinken der Lebenserwartung 1990 so stark, dass in den folgenden Jahren lediglich die für vor 1990 berechnete Lebenserwartung erreicht wird.

Die oft geäußerte spontane Erklärung für das Absinken der Lebenserwartung durch jugendliche Unfalltote kann auch mit Sterbetafelrechnungen unter Eliminierung der durch Unfall bedingten Sterbefälle nicht bestätigt werden. Vielmehr wird die Erklärung in methodischen und erfassungstechnischen Problemen gesucht. Zunächst wurde der Schätzfehler, der sich

Schwankungen der Sterbefallzahlen aufgrund eines zufälligen Überlebensprozesses ergibt, berücksichtigt. Der Entwicklungseinbruch der Lebenserwartung bei den Frauen erweist sich damit als nicht signifikant, während der statistische Test des Lebenserwartungsunterschiedes bei den Männern zwischen den Perioden 1989/91 und 1990/92 einen wesentlichen Unterschied nachweist. Die Berechnung der Lebenserwartung auf der Grundlage der altersspezifischen Sterbewahrscheinlichkeiten, die nach der Geburtsjahrmethode berechnet wurden, ergab sogar einen noch größeren Entwicklungseinbruch für die Lebenserwartung der Männer.

Ein weiterer Erklärungsansatz ist in Erfassungsfehlern der primärstatistischen Erhebungen (Sterbefallzahlen, Wanderungsfallzahlen) zu suchen. Dazu wurde die Größenordnung zufälliger Erfassungsfehler mit Hilfe der Diskrepanzen zwischen den altersspezifischen Werten der amtlichen Statistik und der Meldestatistik für die Hansestadt Rostock geschätzt und als Grundlage für eine Berechnung der Erfassungsfehlervarianz verwendet. Die Untersuchungen ergaben, dass weder zufällige noch der systematische Erfassungsfehler der Wendezeit einen Erklärungsbeitrag zum Entwicklungseinbruch der Lebenserwartung der Männer 1990 in Mecklenburg-Vorpommern erbringen können.

Karin Brinner  
Universität Rostock

### **Die deutsch-deutschen Wanderungen - ein Rück- und Ausblick**

Die politischen und wirtschaftlichen Disparitäten haben in ihrer regionalen Ausprägung ursächlich das Wanderungsgeschehen zwischen beiden deutschen Staaten ausgelöst. Umgekehrt nahmen die deutsch-deutschen Wanderungen, die weitaus überwiegend Fluchtbewegungen aus der DDR waren, wiederum Einfluss auf die politischen und sozioökonomischen Entwicklungen in Deutschland-Ost aber auch in Deutschland-West.

Sollten durch den Bau der Mauer die massenhaften Fluchtbewegungen verhindert und damit ein demographisches "Ausbluten" der DDR vermieden werden, so trugen vor dem Hintergrund des zunehmenden wirtschaftlichen und politischen Verfalls der DDR die zunehmenden Flucht- und Ausreisebewegungen in der zweiten Hälfte der 80er Jahre zum Fall der Mauer am 9. November 1989 bei und beschleunigten den Vereinigungsprozess.

Von 1950 bis Ende 1989 hatten insgesamt fast 5 Millionen (4,9) Einwohner die DDR in Richtung Bundesrepublik verlassen. Unter Berücksichtigung der Zuzüge aus der Bundesrepublik lag der Wanderungsverlust für die ehemalige DDR bei 4,4 Mill. Einwohnern.

Mit der Bildung der Wirtschafts- und Währungsunion beider deutscher Staaten im Juli 1990 entfielen auch der Übersiedlerstatus und damit die Eingliederungshilfen. Die Ost-West-Wanderungen nahmen de facto den Charakter von Binnenwanderungen an und waren es mit der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 auch de jure.

Durch den tendenziellen Anstieg der Wanderungen aus den alten Bundesländern reduzierten sich nach der Vereinigung die Wanderungsverluste deutlich (1991-1998 418.000 Personen). Der Rückgang der Fortzüge aus den neuen Bundesländern ist allerdings auch auf die zurückgehende Aufnahmefähigkeit des Arbeits- und Wohnungsmarktes im Westen zurückzuführen. Zugleich wirken sich die verbesserten Lebensbedingungen in den neuen Bundesländern dämpfend auf die Abwanderungsbereitschaft aus. Weiterhin ist zu berücksichtigen, dass die hohen

Wanderungsverluste das demographische Abwanderungspotential der neuen Bundesländer verringert haben.

Hartmut Wendt  
BA zur Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, Nürnberg

### **Das Wanderungsverhalten der Ostdeutschen - ein Spiegelbild des Transformationsprozesses in den neuen Ländern**

Wanderungsprozesse waren in den zurückliegenden Jahren in Ost und West ein wesentlicher Auslöser der regional differenzierten Bevölkerungsentwicklung, wobei die ostdeutschen Wanderungen der 90er Jahre im wesentlichen durch die folgenden Merkmale geprägt wurden

- flächendeckende Außenwanderungsgewinne bei anhaltenden Binnenwanderungsverlusten der ostdeutschen an die westdeutschen Regionen;
- eine zunehmende Angleichung der ostdeutschen an die westdeutschen Wanderungsmuster;
- die Ausprägung neuer Wanderungsmuster im Ergebnis des deutschen Einigungsprozesses, wie auch durch
- die Stabilität spezifischer regionaler Wanderungsmuster.

Mit dem Rückgang der Außenwanderungsgewinne seit 1992/93 hat sich der Einfluss der Wanderungen auf die Bevölkerungsentwicklung jedoch etwas verringert. Das Wanderungsverhalten der Ostdeutschen gleicht sich dem der Westdeutschen tendenziell an, wobei deutlich wird, dass die Wanderungsprozesse nach wie vor ein ausgezeichneter Output-Indikator zur Widerspiegelung regionaler Disparitäten sind. Entsprechend findet man gerade in den neuen Ländern die stärksten Wechselwirkungen zwischen den Wanderungen und den regionalen Struktur- und Entwicklungsindikatoren.

Auch die Abhängigkeit der Wanderungen vom regionalen Disparitätengefälle hat sich in den neuen Ländern inzwischen deutlich verringert. Verantwortlich dafür sind die erheblichen Fortschritte, u.a. in der

- städtebaulichen Entwicklung;
- infrastrukturellen Ausstattung (z. B. Abwasser, Telefon, Verkehrswege);
- quantitativen und qualitativen Wohnungsversorgung;
- Umweltsituation;

die in jeder ostdeutschen Region spürbar sind.

Die rückläufige Abhängigkeit der ostdeutschen Wanderungen vom regionalen Disparitätengefälle resultiert aber auch aus der gewachsenen Vertrautheit der ostdeutschen Bevölkerung mit den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen und der veränderten Situation in den westdeutschen Regionen selbst, deren Arbeits- und Wohnungsmärkte durch die Wanderungsgewinne der letzten Jahre außerordentlich stark belastet wurden. Per Saldo haben sich die Arbeits- und Lebensverhältnisse in Ost und West weiter angeglichen, was sich im Wanderungsverhalten der Ostdeutschen deutlich niederschlug. Dies sollte allerdings kein Anlass zur Zufriedenheit sein, denn dies könnte sich schnell wieder ändern. So ist der ostdeutsche Transformationsprozess zwischenzeitlich erheblich ins Stocken geraten. Seit 1997 weisen die alten Länder wieder höhere Wachstumsraten der Wirtschaftskraft auf, von Annäherung also keine Spur.

Steffen Maretzke  
Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung Bonn

### **Postsozialistische Segregationstendenzen: Sozial- und bevölkerungsgeographische Aspekte von Wanderungen in Mittelstädten der neuen Länder**

Aus der Systemtransformation in den neuen Ländern resultieren vielfältige gesellschaftliche Wandlungsprozesse. Ein Teilaspekt sind die Segregationstendenzen als Resultat von sozial- und bevölkerungsgeographischen Effekten von Wanderungen im Bereich der Mittelstädte in den neuen Ländern.

Es zeigte sich, dass die Tendenzen soziodemographischer Entmischung in den Städten mit einer zeitlichen Verzögerung zur politischen Wende einsetzten. Neben der sprunghaften Zunahme an Migrationen konnte ein deutlicher Wandel hinsichtlich der beteiligten Wanderungstypen nachgewiesen werden. In der direkten Übergangszeit dominieren die überregionalen Ost-West-Wanderungen; daneben fand auch innerhalb der Städte bereits ein erster Schub der Anpassung individueller Wohnverhältnisse statt.

Bis 1992 war die überregionale Abwanderung weitgehend abgeschlossen und es zeigen sich erste punktuelle Ansätze einer Wohnsuburbanisierung, die bereits 1994 flächenhaft entwickelt ist. Die höchst dynamische Wohnsuburbanisierung hängt mit der Abwanderung von Familien zusammen, mit Fortgang des Untersuchungszeitraums sind speziell auch die älteren Haushalte beteiligt. Ab Mitte der 90er Jahre konzentrieren sich die Wohnstandortwechsel verstärkt innerhalb der Mittelstädte, ohne jedoch an Effektivität zu verlieren.

Für jede der Phasen in der "Mobilitätstransformation" mit dem Übergang von der Außen- zur Innenorientierung lassen sich sowohl hinsichtlich der beteiligten Gruppen als auch in Bezug auf die demographischen und sozialen Entwicklungen in unterschiedlichen Wohngebietstypen jeweils typische, markante Tendenzen der Segregation nachweisen.

Daniel Göler  
Universität Bamberg

### **Bevölkerungsentwicklung in Ostdeutschland in der letzten Dekade**

Bildungs- und Beschäftigungschancen  
eines Schulabgängerjahrgangs

Grundlegende politische Veränderungen und damit verbundene Unsicherheiten führten zu einer drastischen Senkung der Beschäftigtenzahl und der Geburtenentwicklung.

Ein Drittel der Arbeitsplätze in der Berliner Industrie entfiel. Zahllose Beschäftigte im Ostteil der Stadt mussten sich mit neuen sozialen Stati wie Vorruhestand, Arbeitslosigkeit, Umschulung bekannt machen.

Diese Umstände führten zu einem veränderten Verhältnis zu Mutterschaft und Kind. 1990 gab es einen immensen Geburtenrückgang, wesentlich stärker als mit dem Geburtenjahrgang 1974 - dem zahlenmäßig schwächsten Jahrgang in der DDR-Geschichte.

Gerade dieser Jahrgang stand im Wendejahr 1990 am Beginn seiner beruflichen Erstausbildung. Den 1990 16jährigen Schulabgängern der neuen Bundesländer tat sich eine grundlegend veränderte Landschaft für ihre berufliche Bildung und Beschäftigung auf.

Am Beispiel einer Bildungskarriere aus dem Schulabgangsjahr 1990 (Geburtenjahrgang 1974) werden die Risiken und Nebenwirkungen der neuen Bildungsbedingungen deutlich gemacht.

Maria Knabe  
Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales und Frauen, Berlin

### **Anwendung von Optimierungsverfahren im Rahmen der Schulnetzplanung**

Die durch den dramatischen Geburtenrückgang in den neuen Bundesländern erzwungene erneute Reorganisation des Schulsystems in den kommenden Jahren kann zu gravierenden Ineffizienzen führen, wenn die Implikationen schulorganisatorischer Lösungsansätze nicht ausreichend bedacht werden. In dem Projekt "Anwendung von Optimierungsverfahren im Rahmen der Schulnetzplanung" werden deshalb über ein Simulationsmodell die Möglichkeiten der ex-ante Evaluation genutzt, um finanzielle, pädagogische und regionalpolitische Auswirkungen unterschiedlicher Planungsansätze simultan zu erfassen. Untersuchungsregion ist das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern.

Dem Simulationsansatz liegen Standortoptimierungen mittels evolutionärer Algorithmen zugrunde. Im Projektzusammenhang wurde ferner auf der Basis eines Kohortenansatzes ein Modell für eine kleinräumige Bevölkerungsfortrechnung entwickelt, das

- weitgehend auf endogenen Fertilitäts- und Wanderungsannahmen basiert,
- eine endogene Regionalisierung aufweist sowie
- aggregatkonsistent ist.

Für die Fortrechnung der Schülerzahlen wurde ebenfalls ein eigener methodischer Ansatz auf der Basis eines kombinierten Struktur- und Übergangsquotenmodells entwickelt. Dabei wurden (jeweils auf der Gemeindeebene) die Strukturquoten der Erstklässler für die höheren Klassenstufen unter Berücksichtigung von Altersstrukturverschiebungen durch Wiederholer dynamisch fortgeschrieben. Für die Berechnung der Schüler nach Schularten in den Klassenstufen der Sekundarstufe I bildet ein Übergangsquotenmodell die Basis. Zur Modellierung der regionalen Unterschiede in der Gymnasialbeteiligung wurden die jeweiligen (örtlichen) Gymnasialbesuchsquoten mittels aufwendig geschätzter regionaler Sozialstruktur- und Erreichbarkeitsfaktoren abgebildet. Jahrgangswise wurden ferner die Schulformwechsler durch eine dynamische Fortschreibung der Beteiligungsquoten in den 5. Klassen berücksichtigt und ebenso die Schulabgänger in den Klassen 9 und 10.

Im Tagungsbeitrag wurden das methodische Vorgehen und erste Ergebnisse vorgestellt.

Detlef Fickermann  
Pädagogische Hochschule Erfurt

### **Russlands Bevölkerung schrumpft dramatisch**

Seit 1991 ist die Einwohnerzahl Russlands um über eine Million zurückgegangen. Experten erwarten, dass die russische Bevölkerung bis 2005 um weitere fünf Millionen Menschen abnimmt. Ursache dafür sind die anhaltend niedrigen Geburtenraten und die zunehmende Sterblichkeit. Frauen bekommen in Russland durchschnittlich weniger als 1,3 Kinder - deutlich unter dem Ersatzniveau der Fertilität. Gleichzeitig ist die Lebenserwartung in den letzten Jahren dramatisch gesunken. Russische Männer leben im Durchschnitt nur 59 Jahre, Frauen dagegen 72 Jahre. In Ländern der Europäischen Union haben Männer eine Lebenserwartung von 74, Frauen von 78 Jahren. Die steigende Sterblichkeit wird insbesondere auf den weit verbreiteten Alkoholmissbrauch, die Verschlechterung der medizinischen Grundversorgung und die anhaltende Wirtschaftskrise zurückgeführt.

DSW newsletter Nr. 1, Januar/Februar 2000

Im allgemeinen werden die demographischen Folgen der deutschen Vereinigung zumeist auf Geburtendefizite im Osten und Abwanderung in den Westen reduziert. Letzteres kann im Wesentlichen als überwunden gelten und auch in der Fertilität ist die Anpassung des Ostens an eine gewisse gesamtdeutsche Normalität fast abgeschlossen. Obgleich beide Sachverhalte in der regionaldemographischen Lage der BRD langfristige Nachwirkungen haben werden, verlieren sie als Prozess zunehmend an Bedeutung.

Zunehmend wichtiger werden hingegen die strukturellen Probleme. So verschieben sich z. B. die Anteile der Hauptaltersgruppen gegenwärtig mit einer außerordentlichen Dynamik zugunsten der Alten. Noch vor kurzem war die Altersgliederung der Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern die günstigste in Deutschland: hier gab es den geringsten Anteil an Senioren sowie den höchsten Anteil Jugendlicher, was die hohe Geborenrate vor 1990 reflektiert. In Abhängigkeit von der konkreten Ausgangslage, insbesondere nach Städten und ländlichen Gebieten unterschieden, hat dieser Prozess schon eine bedenkliche Entwicklung erreicht:

**Altersstruktur der Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern nach Hauptaltersgruppen im Vergleich; Stand: 31.12.1997**

Altersstruktur nach Hauptaltersgruppen		Bevölkerungsanteil unter 15 Jahre	Bevölkerungsanteil 60 Jahre und älter
Bundesrepublik Deutschland insgesamt		16,2 %	20,9 %
Mecklenburg-Vorpommern	insgesamt	17,7 %	18,3 %
	Landkreise	18,4 %	18,7 %
	Kreisfreie Städte	16,4 %	13,0 %

Quelle: Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern

Viele Strukturen aus der DDR-Zeit wirken mit einer gewissen Persistenz nach und überlagern die Bedingungen der aktuellen Prozesse. Das gilt vor allem für die Migration. **Wanderungen** sind nicht nur Ausdruck der individuellen Möglichkeiten des Ausgleichs räumlicher Spannungen und standörtlicher Defizite, sondern sie sind auch demographische Siebungsprozesse, welche mit Ausnahme einer gewissen Totalmigration **selektiv** wirken.

In der DDR-Zeit waren vorrangig die ländlichen und damit landwirtschaftlichen Gemeinden Abwanderungsgebiete, wogegen die größeren Städte eher durch Zuzug gekennzeichnet waren. Dabei verschoben sich die demographischen Potentiale nicht nur nach der Einwohnerzahl, sondern auch nach qualitativen Parametern, die sich nach Komponenten, Wirkungen und Folgen grob wie folgt differenzieren lassen:

Besonders bedenklich ist dabei die enge Verknüpfung der einzelnen Komponenten, so dass vielfach von einem Teilprozess auf den anderen geschlossen werden kann! Auch heute noch stellt die besonders starke Abwanderung vieler junger Frauen aus den meisten Gemeinden des ländlichen Raumes eine besondere Herausforderung für die Gesellschaft dar, denn sie ist nicht

nur als überproportionaler **Verlust des demographischen Reproduktionspotentials** zu verstehen, sondern im tieferen Sinne

des Wortes **nachhaltig**. Besonders bemerkenswert ist die Tatsache, dass die sexualspezifische Differenzierung des Wanderungsverhaltens sich nicht auf die Binnenwanderung beschränkt; im Gegenteil: Allein 1992 entfielen im

Saldo über 95 % der Abwanderungen aus Mecklenburg-Vorpommern auf Frauen. Dieses Ungleichgewicht hat sich zwar nicht lange so extrem gehalten, dennoch dominieren die Frauen in der Abwanderung bis heute.

Die sexual-selektive Migration in der demographisch aktivsten Altersgruppe (20 bis unter 40 Jahre) zeigt auf Basis der ca. 1000 Gemeinden eine spezifische Differenziertheit. Zunächst ist ungewöhnlich, dass sich vordergründig kaum klare räumliche Muster abzeichnen. Erst bei genauerer Ortskenntnis werden einige Regelmäßigkeiten deutlich. So hat kaum einer der zentralen Orte in der betreffenden Altersgruppe einen Frauenüberschuss. In den größeren Zentren ist das Frauendefizit nur an jenen Standorten geringer als 10 %, die in den späten 80er Jahren besonders stark durch Zuzug jüngerer Personen aufgewertet wurden (Greifswald, Neubrandenburg, Schwerin). Hingegen ist in zentrumsfernen Räumen eine eher flächenhafte Ausprägung stärkerer Männerüberschüsse zu finden, was als besonders bedenklich angesehen werden muss, da sie standörtlich und regional mit einer Vielzahl sozialer und ökonomischer Probleme korrespondieren. Die Gleichsetzung von Frauendefizit und Kulturdefizit ist für eine wissenschaftliche Position vielleicht zu simpel und sogar polemisch, dennoch lässt sich die hochgradige Vernetztheit des Problems kaum besser charakterisieren.

Die Verschiebung der demographischen Potentiale ist für die Gemeinden mit den größeren kommunalen Problemen besonders bedenklich, denn sie sind zugleich Indikator als auch Katalysator für viele soziologische und soziale Probleme.

Wir nennen sie **Demographisch-soziologische Disproportionen (DSD)**. Diese **Strukturen** besitzen mehrere Dimensionen:

- Eine **regionale**: Die DSD sind nirgendwo anders in Deutschland in dieser Schärfe anzutreffen wie in Mecklenburg-Vorpommern. Das gilt insbesondere auch für ihre Dynamik.
- Eine **politische**: Die DSD greifen in verschiedene Bereiche der Gesellschaft ein und es deuten sich in der Praxis sehr unterschiedliche Auswirkungen an, welche politisch nur fachübergreifend bewältigt werden können.
- Eine **intellektuelle**: Es existiert noch ein enormer Forschungsbedarf über die Veränderung in der Dynamik der

**Komponenten und Auswirkungen der permanenten selektiven Migration aus ländlichen Abwanderungsgebieten**

Migrationskomponente	Wirkung	Folgen
altersspezifische Gewichtung	Verschiebung in der Altersstruktur	Relative Überalterung
geschlechtliche Differenziertheit	Deformierung der Sexualstruktur	Frauendefizit im demographisch aktiven Alter
Qualifikationsorientiertheit	Intellektuelle Selektion	Überhäufigkeit gering Qualifizierter

DSD, insbesondere bei einer gewissen lokalen oder sogar kleinräumigen Verstärkung des Prozesses nach 1990; zudem fehlen Kenntnisse über die Probleme bei Überlagerung gegenläufiger Entwicklungen in den Suburbanisierungsgebieten.

- Eine **moralische**: Die Sensibilität des Themas, insbesondere hinsichtlich der Befindlichkeit der Betroffenen, kann zu Bedenken führen, welche für den Fortschritt – von der weiteren Forschung bis hin zum Entwurf von Lösungen – hinderlich sein können; zuweilen fehlt es sogar einfach schon am notwendigen Begriffsapparat.

Bislang steht die etablierte Politik dem DSD-Phänomen noch recht hilflos gegenüber. Das hat einerseits damit zu tun, dass es sich dabei "nur" um die resultierende Erscheinung eines komplexen Zusammenhangs handelt. Andererseits reicht das Problem mit sehr speziellen Aspekten in viele Teilbereiche hinein (z. B. Gleichstellung, Bildung, Sicherheit), für die es scheinbar Einzellösungen gibt. Angesichts der Komplexität der Problemlage sind sie aber letztlich nur auf die Erscheinungen ausgerichtet, ohne die tieferen Ursachen zu behandeln

**Bevölkerung der Altersgruppe 20-40 Jahre**

Gemeinden (1996) mit	in %
geringem Frauenüberschuss	11,7
bis zu 10 % Frauendefizit	28,5
10 % bis zu 20 % Frauendefizit	33,9
20 % bis zu 30 % Frauendefizit	16,4
30 % Frauendefizit und mehr	9,5

Wolfgang Weiß, Geographisches Institut der Universität Greifswald

Der Vortrag entstand vor dem Hintergrund eines DFG-Antrages zur "Bevölkerungspolitik als Herrschaftsinstrument? Von der Familien- und Sozialpolitik der Weimarer Republik zur Instrumentalisierung der Bevölkerungspolitik in zwei deutschen Diktaturen".

Es muss festgestellt werden, dass eine solche Gegenüberstellung nur in Grenzen möglich ist und diese keine grundsätzliche Vergleichbarkeit beider Staats- und Gesellschaftssysteme unterstellt. Das Anliegen besteht vielmehr darin, zu untersuchen, inwieweit prinzipiell mit einer pronatalistischen Politik Einfluss genommen werden kann auf den jeweiligen Trend der Bevölkerungsentwicklung und welche Rolle die jeweiligen gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen dabei spielen.

Beide Staaten, sowohl das nationalsozialistische Deutschland, wie auch die DDR, haben sich in sehr nachhaltiger Weise bemüht, ihre jeweiligen Geburtenziffern zu erhöhen und bieten sich somit vorrangig für eine entsprechende Untersuchung an.

Ein gewisser spekulativ nutzbarer Freiraum wird bei der Behandlung des Themas nicht aus der Welt zu schaffen sein. Sowohl das III. Reich wie auch die DDR bestanden nur eine historisch kurze Zeit und auch diese lässt sich teilweise, wie beispielsweise im 2. Weltkrieg, hinsichtlich der Aussagefähigkeit nicht uneingeschränkt bewerten.

Eine definitive Bewertung der Bevölkerungspolitik beider Staaten wäre nur möglich auf der Grundlage der Endfruchtbarkeit der Frauen in den jeweils zu bearbeitenden Zeiträumen.

Die Bevölkerungswissenschaft Nazideutschlands kann nicht losgelöst betrachtet werden von der Weimarer Republik. Im III. Reich wurde vom Ansatz her so gut wie nichts originär neu erfunden. Sie war im Kern bruchlos inhaltlich und personell weitergeführt worden. Abgesehen von innerer und äußerer Emigration, die aber nicht den zeitgeistkonformen Kern der Wissenschaft betraf, ist eine klare Kontinuität feststellbar.

Vor diesem Hintergrund verwundert es wenig, dass der Machtantritt der Nazis von den meisten Bevölkerungswissenschaftlern, den Rassenhygienikern sowieso, durchaus positiv aufgenommen wurde. Endlich, so hofften sie, würde der Staat ihre Vorstellungen in praktische Politik umsetzen, hatten sie sich doch vorher als "Rufer in der Wüste" gefühlt.

Typisch für die Situation in der DDR war der Umstand, dass

sie, wenn auch ausgehend von einem im Ergebnis von Flucht und Vertreibung zunächst zahlenmäßig hohen Niveau, von vornherein ein Land mit schrumpfender Bevölkerung war und sich bevölkerungspolitisch faktisch ständig im Ausnahmezustand befand. Ihre politische Führung musste reagieren, wollte sie nicht ihre staatliche Existenzgrundlage gefährden.

Trotz vorläufigem Anstieg der Geburtenziffer wurde das Ziel einer einfachen Reproduktion der Bevölkerung in beiden Staaten insgesamt nicht erreicht. Ihre geburtenstimulierende Bevölkerungspolitik muss deshalb nicht als gescheitert angesehen werden.

Die Grenze einer jeden pronatalistischen Bevölkerungspolitik liegt in den tatsächlich vorhandenen Bedürfnissen der betreffenden Familien bzw. Frauen.

Dem nationalsozialistischen Deutschen Reich und der DDR ist es gelungen, begünstigt durch eine in diktatorischen Gesellschaftsformen leichtere Zusammenfassung von wirtschaftlichen sowie ideellen Ressourcen und die relative Abgeschlossenheit des Landes, die Erfüllung eines vorhandenen Kinderwunsches wesentlich zu erleichtern.

Gemessen an den bevölkerungspolitischen Aktivitäten der Weimarer Republik oder den wirtschaftlichen Möglichkeiten der DDR kann man die hierfür entwickelten Maßnahmenprogramme als sehr umfangreich bezeichnen.

Nicht die Ideologie entschied letztendlich, sondern pragmatische Erfordernisse.

Sowohl das international zunehmend isolierte III. Reich, dessen Selbstverständnis u. a. auf den Erfahrungen bzw. dem Revanchebedürfnis hinsichtlich des verlorenen ersten Weltkrieges beruhte, und das letztendlich selbst einen Angriffskrieg führte, wie auch die durch offene und verdeckte Reparationen, systembedingte Misswirtschaft sowie ständige Bevölkerungsverluste geschwächte DDR bemüht sich um demographische Konsolidierung und wirtschaftliche Autarkie.

Die Sachzwänge einer im Ausnahmezustand befindlichen nationalstaatlich orientierten Politik wirkten sich bevölkerungspolitisch sehr ähnlich aus.

Bernhard Matz  
IFAD Berlin

**Möglichkeiten und Grenzen  
pronatalistischer Bevölkerungspolitik:  
III. Reich - DDR, eine Gegenüberstellung**

108. Tagung des Arbeitskreises Demographie  
am 30. März 2000

In Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung wurden Aufsätze über Eheschließungen und Ehelösungen sowie über das Heiratsalter und den Altersunterschied der Ehepartner veröffentlicht. Die Beiträge fanden Beachtung und führten u. a. zu einem Referat bei Prof. Dr. Hoffmann-Nowotny an der Universität Zürich.

Im Bayerischen Statistischen Monatsheft erschien ein Beitrag über **Nicht-ehelich Lebendgeborene**. Dabei wer-  
struktur nichtehelicher Mütter von  
Ein Vergleich mit dem Bundesland  
dass 1998 in Bayern 15 %, in Mecklenburg-Vorpommern aber 51 % der Kinder von nicht  
verheirateten Müttern geboren waren.  
Anders als in Bayern ist in Mecklenburg-Vorpommern eine deutlich unterschiedliche Altersstruktur der ehelichen und der nichtehelichen Mütter vorhanden.

**Diskussionsbeitrag von Gerhard Gröner  
über seine Forschungstätigkeiten**

auf der 108. Tagung des Arbeitskreises  
Demographie am 30.03.2000

heft erschien ein Beitrag über **Nicht-**  
den Verschiebungen in der Alters-  
1950 über 1970 auf 1998 aufgezeigt.  
Mecklenburg-Vorpommern ergibt,

Im Statistischen Monatsheft der Stadt Stuttgart wurde ein Beitrag zur **„Älteren Bevölkerung“** veröffentlicht. Der Anteil der über 60 Jahre alten Personen ist in Stuttgart deutlich höher als im Mittel des Landes Baden-Württemberg. In dieser älteren Bevölkerung besteht ein hoher Frauenüberschuss; die entsprechenden Männerjahrgänge wurden durch den zweiten Weltkrieg stark dezimiert. Die relativ wenigen älteren Männer sind überwiegend verheiratet, daher entfallen in der älteren Bevölkerung auf 100 unverheiratete Männer über 400 unverheiratete Frauen.

Ein weiterer Beitrag für das Statistische Monatsheft der Stadt Stuttgart handelt über **Selbstmorde**. Derzeit gibt es jährlich in Stuttgart rund 110 Selbstmorde, über 71 % davon entfallen auf Männer. Bei den jungen Männern in der Altersgruppe 20 bis unter 35 Jahre entfallen fast 30 % aller Todesfälle auf Selbsttötungen. Entscheidender Grund der meisten Selbstmorde in diesem Alter sind Partnerschaftskonflikte. Männer erweisen sich hier häufig als sehr verletzlich und oft als wenig fähig, derartige Probleme zu bewältigen.

Die **„Vereinigung Deutscher Wissenschaftler“ (VDW)** ist eine respektable, traditionsreiche Vereinigung angesehener Natur- und Gesellschaftswissenschaftler, die sich für die Wahrnehmung der Interessen der Wissenschaftler einsetzt. Sie entstand in der Verantwortung der Wissenschaftler Intention, den Geist der **„Göttinger Erklärung“** von 18 Atom-Physikern – einschließlich Otto Hahn, Werner Heisenberg, Max von Laue und Friedrich von Weizsäcker – vom 12.4.1957 lebendig zu erhalten. Diese Erklärung richtete sich gegen die Herstellung von Kernwaffen in Deutschland.

**Ein Konflikt zur Bevölkerungspolitik in der  
„Vereinigung Deutscher Wissenschaftler“**

In einer **„Erklärung der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e.V.“** vom 12. November 1999 hatte deren damaliger Vorsitzender, Professor Dr. Udo Ernst Simonis, sich im Namen des Vorstandes der VDW gegen den angekündigten Rückgang der Entwicklungshilfeleistungen der Bundesregierung gewendet und dies mit dem weiteren Wachstum der Weltbevölkerung begründet. Es heisst in der Erklärung u.a.<sup>1</sup>:

„Die globale Bevölkerungsentwicklung ist noch weit von einer Stabilisierung entfernt. Anfang Oktober wurde die Geburt des sechsmilliardenten Menschen gefeiert. Für das Jahr 2050 prognostiziert die Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen zwischen 7,3 und 10,7 Mrd. Menschen. Diese Szenarien spiegeln einerseits die Unbestimmtheit der Zukunft wider, sie weisen andererseits aber auch auf den Spielraum der Beeinflussung der Entwicklung hin. Die mögliche große Differenz kann für den Verbrauch an Ressourcen, die Klimaentwicklung, die Ernährungssicherung, die Wasserverfügbarkeit und die Lebensbedingungen im allgemeinen einen gravierenden Unterschied machen.“

Die UN-Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung in Kairo 1994 hat aufgezeigt, wie vermehrte Anstrengungen zur reproduktiven Gesundheit, gegen Kinder- und Müttersterblichkeit und zur behutsamen Familienplanung zu einer schnelleren Stabilisierung der Weltbevölkerung beitragen können. Es gibt keinen Zweifel, dass die hohen Geburtenzahlen in weiten Teilen der Welt weder von den Frauen noch von den Männern gewollt sind. Das »Aktionsprogramm von Kairo« setzte das Ziel, es allen Paaren in Entwicklungsländern bis zum Jahr 2015 zu ermöglichen, die Zahl ihrer Kinder und den Zeitpunkt ihrer Geburten selbst bestimmen zu können. Heute, fünf Jahre nach dieser Konferenz ist offensichtlich, dass weder die Entwicklungsländer selbst, noch die Geberländer die vereinbarten Ziele erreichen werden. ...

Verpassen die Geberländer, verpasst Deutschland die historische Chance, jetzt zu einer schnelleren Stabilisierung der Weltbevölkerung beizutragen, dann können Mitte des nächsten Jahrhunderts 3,4 Milliarden Menschen mehr auf dem Planeten Erde leben als bei einer aktiven Unterstützung der Ziele von Kairo zu erwarten ist ...“

Das Vorstandsmitglied Claudia von Braunmühl erklärte aufgrund dieser Erklärung ihren Rücktritt aus dem Vorstand. Sie begründete ihn u. a. wie folgt:

„Für die Beibehaltung des Haushaltsansatzes des BMZ lassen sich gute Gründe finden. Argumente, die einzig dem Repertoire der Bevölkerungspolitik entnommen sind, gehören entschieden nicht dazu. ... Der argumentative Bezug auf den zur vorrangigen Gefahrenquelle für globales Wohlergehen erklärten Faktor Bevölkerung -...- ist, bestenfalls, einseitig und als ungunstigen Traditionsbeständen verhaftet (miss-)deutbar. ...“

Simonis erläuterte und begründete seine Formulierungen ausführlich<sup>2</sup>. Von den Kritikern wurden im Wesentlichen folgende Argumente vorgebracht:

„Es gibt eine moralische Verpflichtung des Nordens zur Entwicklungshilfe jenseits aller Bevölkerungspolitik (M. Klein). Die Erklärung stellt einäugig auf Entwicklungshilfe als Kontrollpolitik der »Bevölkerungsdynamik« ab (E. Altwater). Es ist eine Frage der vielfältigen Faktoren, die wir insbesondere bei der Entwicklungspolitik im Auge haben müssen. Und hier lässt sich schnell gutes Porzellan zerschlagen (H.-P. Dürr). Vor dem Hintergrund der neueren entwicklungspolitischen Debatte kommt eine Verkürzung der Entwicklungspolitik auf Bevölkerungspolitik einem konservativen, wenn nicht gar höchst ideologiever-“

<sup>1</sup> Zitiert nach: VDW info 1/2 Juni 2000, p. 38 ff. Dort auch die nachfolgenden auszugsweisen Zitate

<sup>2</sup> Dazu siehe Deutsche Stiftung Weltbevölkerung: <http://www.dsw-online.de>

dächtigen ... Gebahren gleich (B. Mahnkopf). Die Wahl der Begriffe und die Einseitigkeit des Diskurses sind das Empörende an der Erklärung (E. Altwater). Die Erklärung erweckt den Eindruck, es käme zur Sicherstellung der Lebensbedingungen der Menschen unbedingt auf die Einschränkung des Bevölkerungswachstums an (A. Schubert). Es gibt viele Menschenrechte, bei deren Verwirklichung die Industrieländer sich »skandalös zurückziehen«. Gerade jetzt käme es darauf an, von der Entwicklungspolitik neue Zielsetzungen, Instrumente und institutionelle Voraussetzungen zu fordern (A. Schubert).“

Dem tritt für die Redaktion Helmar Krupp entgegen:

“Diese Textauszüge lassen nicht erkennen, in welchem aufgeregten, aggressiven Stil die Kritik an Udo Simonis von einigen AutorInnen emotionalisiert wurde. ... Die von Udo Simonis zitierte Kairoer Konferenz legitimiert, speziell auf Bevölkerungswachstum abzuheben. Die in den kritischen Stellungnahmen durchklingende Ideologisierung der Bevölkerungsdebatte entspringt verengtem Lagerdenken. ...“

Der Kritik wurden u. a. folgende Argumente entgegengehalten:

“Die bevölkerungspolitische Debatte ist viel offener, als hier unterstellt wird (U.E. Simonis). Bei der Erklärung wurde eine übliche Methode genutzt, nämlich durch ein praktisches Beispiel die generelle Problematik zu verdeutlichen. ... Was ist nun mit der Bevölkerungspolitik? Ist das nur eine Chimäre? Gehört man zu den Konservativen, wenn man vor einem ungebremsten Bevölkerungswachstum, seine wirtschaftlichen, sozialen und globalen Folgen warnt ...? (Ch. Uhlig).

Der damalige Vorsitzende Udo E. Simonis erklärte aufgrund dieser divergenten Debatte im Dezember 1999 seinen Rücktritt.

Die Debatte bekannter Natur- und Gesellschaftswissenschaftler der VDW sollte auch die Mitglieder der Süßmilch-Gesellschaft nachdenklich stimmen.

Rainer Mackensen

## Probleme der Demographie im 21. Jahrhundert

Tagung der Johann-Peter-Süßmilch-Gesellschaft für Demographie  
am 25. September 2000 im Rahmen der Statistischen Woche in Nürnberg.

Die im Folgenden dargestellten Abstracts sind der Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Heft 3/4, entnommen, in der die Vorträge auch komplett veröffentlicht werden.

### *Demographic issues of the 21st century: The new international population order*

During the 21st century, billions of people are expected to join the world's current population of 6 billion. Nearly all of these newcomers will be born in less developed countries, with India, China, Pakistan, Indonesia and Pakistan accounting for nearly half of this increase. However, the range for future population growth is wide. For 2050, for example, the range is from 7.3 billion to 10.7 billion.

In addition to this growth, significant population trends and critical demographic differentials are interacting with globalization, resulting in the New International Population Order. This New Order is profoundly influencing social and economic conditions; political representation and influence; and international relations among countries and regions as well as between groups within countries. It is essential to understand the New International Population in order to deal effectively with the changing world of today and tomorrow.

Joseph Chamie

Vereinte Nationen, Population Division, New York

### *Demographische Probleme des 21. Jahrhunderts aus deutscher Sicht*

Aus deutscher Sicht stehen die Konsequenzen der demographischen Alterung einerseits und die Fragen von internationaler Migration und Integration der Zugewanderten andererseits auf der Tagesordnung der Zukunft. Während sich die Politiker geeigneten Reformen und Maßnahmen als Korrektiv unerwünschter Konsequenzen widmen müssen, ist es Aufgabe der Bevölkerungswissenschaftler, einschlägige Analysen und Modelle zur Politikberatung weiterhin und verstärkt vorzulegen.

Ausgehend von einem demographischen Rückblick in das 20. Jahrhundert mit einer Analyse des bisherigen und zukünftig zu erwartenden (niedrigen) Geburtenniveaus, der Zunahme der Le-

benserwartung, der bisherigen und verschiedenen Annahmen zur zukünftigen Wanderungsentwicklung von Ausländern und Deutschen und dem daraus resultierenden Altersaufbau, wird festgestellt, dass Zuwanderung bestenfalls zukünftig eventuell auftretende Ungleichgewichte auf dem Arbeitsmarkt ausgleichen, nicht jedoch die Bevölkerungsalterung verhindern kann.

Zu den Problemen hinsichtlich der Konsequenzen der demographischen Alterung gehören

- Reformmaßnahmen im Bereich der Sicherung der Alters-einkommen unter Wahrung einer Generationengerechtigkeit
- Reformmaßnahmen hinsichtlich des Gesundheitswesens und der Krankenversicherung
- Reformmaßnahmen zur Pflege unter Berücksichtigung sich wandelnder Familien- und Lebensformen

Hinsichtlich von Migration und Integration sind zu bedenken

- unterschiedliche Gründe der Zuwanderung aus deutscher Sicht (humanitäre, ökonomische und verfassungsrechtliche) als auch der Zuwanderungswilligen (bessere Aussichten auf Arbeit und soziale Absicherung, aber auch Schutz vor Verfolgung, (Bürger)Kriegen und Umweltkatastrophen als in den Herkunftsländern)
- Maßnahmen zu einer gelungenen wirtschaftlichen und sozialen Integration.

Eine Reihe der möglichen Optionen werden diskutiert.

Charlotte Höhn  
Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung Wiesbaden

### *Vergangenheit und Zukunft der Demographie als Wissenschaft*

Unterscheidet man in der Entwicklung eines Faches zwischen Inhalten und Zielsetzungen, dann wird anstelle eines Prozesses kontinuierlicher Wissensvermehrung eine Entwicklung sichtbar,

in welcher unterschiedliche Zielsetzungen einander ablösen; diese haben gravierenden Einfluss auch auf Inhalte, Theorien und Methoden des Faches. Die Demographie hat sich unter dem Dach der Nationalökonomie glänzend entwickelt; seit diese ihrer nicht mehr bedarf, ist sie der naturwissenschaftlichen Euphorie gefolgt und hat ein biologisches Paradigma akzeptiert. Um sich davon zu lösen, hat sie ihr mathematisch-statistisches Instrumentarium verfeinert; dieses birgt im Kern jedoch weiterhin die biologische Präferenz. Es ist an der Zeit, dass sich die Demographie für ein neues, humanitäres Forschungsprogramm entscheidet, um sich für neue Aufgaben auszubilden.

Rainer Mackensen

#### **Aufforderung an die Demographen zum Einstieg in die Bevölkerungspolitik**

Bevölkerungspolitik will auf Entwicklung und Struktur der Bevölkerung Einfluss nehmen. Ihr Handlungsfeld sind Strategien, mit denen sie versucht, auf das Fortpflanzungsverhalten einzuwirken, eine Verbesserung der gesundheitlichen Lage und Lebenserwartung der Bevölkerung zu erreichen sowie die Wanderungen innerhalb und über die nationalen Grenzen zu steuern. Unerlässliche Voraussetzung dazu sind gemeinwohlorientierte gesellschaftliche Ziele. Bevölkerungspolitik kann als wissenschaftliche Disziplin und als praktisches Engagement aufgefasst werden. Ersteres versteht sich für den Bevölkerungswissenschaftler von selbst. Ob er sich darüber hinaus in die Arena der politischen Auseinandersetzungen und Entscheidungen begeben will, hängt von seinen Neigungen und zum Teil auch davon ab, ob sich ihm dazu Gelegenheiten bieten.

Der Autor des Beitrags plädiert für beides; denn er ist der Auffassung, dass die demographische Lage, in der sich Deutschland (mit vielen anderen Staaten der alten Welt) befindet, keine andere Wahl zulässt. Das gilt ohne Zweifel für die an einem historischen Tiefpunkt angelegte Geburtenentwicklung und ihre Auswirkungen auf Stand und Altersstruktur der Bevölkerung. Sie gefährdet die Erhaltung des Humankapitals und Deutschland als Wirtschaftsstandort. Zudem ergeben sich aus der Alterung der Bevölkerung noch nicht dagewesene Ansprüche an die Solidarität der Generationen. Schließlich muss die Frage gestellt werden, in welchem Umfang die einheimische Bevölkerung in der Lage ist, Millionen von Zuwanderern reibungslos zu integrieren.

Das sind alles Aufgaben, die gewiss nicht allein von der Bevölkerungswissenschaft gelöst werden können. Die Bevölkerungswissenschaftler können sich aber auch nicht darauf zurückziehen, allein für die Diagnose der demographischen Lage zuständig zu sein.

Karl Schwarz

#### **Weltverstädterungsprozess - ein zentrales Problem des 21. Jahrhunderts**

Die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts und das erste Viertel des 21. Jahrhunderts werden als ein einmaliges Kapitel in die demographische Geschichte der Menschheit eingehen. In diesem Zeitraum (1950-2030) wird die Weltbevölkerung von 2,5 Milliarden (1950) auf fast 8,5 Milliarden (2030) ansteigen. Die Bevölkerungszahl wird innerhalb von nur 80 Jahren um 6 Milliarden Menschen zunehmen.

Dabei verzeichnet dieser Prozess eine eigenartige Tendenz: Das Schwergewicht der Konzentration der Weltbevölkerung verlagert sich in zunehmendem Maße in die städtischen Gebiete. Es handelt sich um einen in der Geschichte nie da gewesenen Pro-

zess: den Weltverstädterungsprozess.

Die städtische Bevölkerung der Welt wird von 750 Millionen (1950) auf 5,1 Milliarden (2030) ansteigen. Sie machte 1950 etwa 30 % der Weltbevölkerung aus. Im Jahr 2030 werden 60 % der Weltbevölkerung in Städten leben.

Ein beträchtlicher Teil der städtischen Weltbevölkerung konzentriert sich in den großen "urban agglomerations". Die Zahl der Großstädte und der Mega-Städte nimmt rapide zu.

Dabei spielt sich dieser Prozess vornehmlich in jenen Regionen der Welt ab, die als unterentwickelte Länder zu bezeichnen sind. Die Zahl der städtischen Bevölkerung in diesen Regionen wird von ca. 300 Millionen (1950) auf 4 Milliarden (2030) ansteigen!

Die "Verstädterung" der Entwicklungsländer, ihr Tempo und Ausmaß sowie ihre Konsequenzen werden sicher eines der zentralen und schwer lösbaren Probleme des 21. Jahrhunderts bilden. Die Versorgung der wachsenden städtischen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, mit den elementaren sanitären und hygienischen Einrichtungen, mit gesundheitlicher Betreuung, mit Bildungsmöglichkeiten, mit Wohnungen, mit Müllabfuhr, mit sauberem Wasser, Energie, Transportmitteln, Kanalisierung und vor allem mit Arbeitsplätzen sind einige Grundprobleme, für deren Lösung wir keine brauchbare Konzeption zur Verfügung haben.

Parviz Khalatbari

#### **Diskussion zur Sterblichkeitsanalyse unter Berücksichtigung der Todesursachen am Beispiel Deutschland/ Freistaat Sachsen**

Die mittlere Lebenserwartung wurde für die Kalenderjahre 1988, 1995, 1997 und 1998 für die Bevölkerung des Freistaates Sachsen und für die der Bundesrepublik Deutschland zum Jahre 1997 unter Einbeziehung der Todesursachenstatistik analysiert. Es erweisen sich die Entwicklungen der todesursachenspezifischen Sterbealter als entscheidend für die Dynamik im Freistaat Sachsen, während sich die Verschiedenheiten zwischen Sachsen und Deutschland primär aus den Sterbehäufigkeiten begründen. Während die Entwicklung der Sterbealterwerte in Sachsen wesentlich durch die medizinische Betreuung vermittelt wird, stehen Traditionen der Leichenschau im Vordergrund der Unterschiede zwischen den Daten zu Sachsen und denen zu Deutschland insgesamt. Es ist zu erwarten, dass auch weiterhin die mittleren Lebenserwartungen mit der gegenwärtigen Dynamik ansteigen werden.

Jürgen Schott, K. Rossa,  
Universität Dresden

#### **Neue Integrationsstrategie gefordert**

Allen Demographen ist bewusst, dass die Bevölkerung Deutschlands auch bei erheblichen Zuwanderungsüberschüssen weder in ihrem gegenwärtigen Umfang noch in ihrer Altersgliederung aufrechterhalten werden kann. Sie rechnen mit weiteren Zuwanderungsüberschüssen, welche zu steigenden Anteilen der Zuwanderer an der gesamten Wohnbevölkerung führen müssen. Dennoch zögert die Bundesregierung in der Formulierung einer Zuwanderungspolitik. Von einer Integrationspolitik, die dieser unausweichlichen Perspektive entsprechen würde, ist gar keine Rede.

In einem Vortrag an der Technischen Universität Berlin am 26. Mai 2000 über "Die neuentdeckte Humanökologie und der künftige Städtebau" hat R. Mackensen u.a. auf diese Situation hingewiesen und die Stadt- und Regionalplaner aufgefordert, sich der Herausforderung zu stellen. Er wies – in Anknüpfung

an die Konzepte der Stadtsoziologie der 1920er Jahre in Chicago, namentlich an die Arbeiten von Robert E. Park, und in Anlehnung an eine neue Studie von Gerhard Wagner<sup>1</sup> – nach, dass die bisherige Einstellung zur Zuwanderung in Deutschland nicht geeignet sei, die künftige Entwicklung zu bewältigen. Vielmehr sei diese Einstellung die Folge einer geschichtlich erklärbaren, aber einseitigen Auffassung davon, was der Kern der eigenen Kultur und Tradition sei. Diese Auffassung mache eine Integration der Zuwanderer in Deutschland unmöglich; es gäbe dazu jedoch eine realistische Alternative.

Die gängige Auffassung entspreche der soziologischen „Modernisierungstheorie“, in welcher angenommen werde, dass die fortschreitende Zivilisation sich durch ständige Differenzierung (zunehmende Arbeitsteilung) aus einem einheitlichen Urzustand der gleichen Weltgesellschaft ergäbe; schon Goethe hatte seine Urpflanze so begriffen. Eine gleichwertige Anerkennung verschiedener Kulturen wird in diesem Modell nicht mitgedacht. Deshalb könne eine Integration von Zuwanderern nur als deren Einschmelzung in den vorfindlichen Kulturzustand der ansässigen Wohnbevölkerung begriffen werden.

Diese Auffassung beruht letztlich auf Schellings<sup>2</sup> naturphilosophischem Entwicklungsgesetz, welches der Dorpater Biologe Karl Ernst von Baer naturwissenschaftlich zu verifizieren suchte. Der empirische Nachweis durch von Baer erschien dem einflussreichen englischen Soziologen Herbert Spencer auch für die Gesellschaftsentwicklung überzeugend. So gelangte der letztlich biologistische Gedanke über Émile Durkheim in die Soziologie und hat sich darin bis zu Niklas Luhmann erhalten. In einer gleichartigen Weltgesellschaft gibt es dann keine fundamentalen kulturellen Unterschiede und Gleichbehandlung ist nur sinnvoll, wenn die – als Weltzivilisation begriffene, aber letztlich eigene – geltende Kultur angenommen wird.

Demgegenüber gingen u. a. Ibn Chaldun oder Montesquieu, aber auch Park und schließlich Tenbruck von einer ursprünglichen Vielfalt der Kulturen aus und betrachteten diese als gleichbe-

rechtigt. Diderot oder d’Alambert bezeichneten Personen, die sich in verschiedenen Kulturen zugleich heimisch fanden, als »cosmopolites«. Auch die Biologie hat sich von ihrer alten Entwicklungsvorstellung gelöst und diese gegen Ende des XIX. Jahrhunderts durch eine symbiotisch denkende Ökologie ersetzt. Der australische Sozialanthropologe Nadel, der 1938 den Begriff der „sozialen Symbiose“ einführte, erklärte die Zivilisationsentwicklung als einen Prozess, »in dem Heterogenität durch ihre Anerkennung und durch eine Balance unterschiedlicher und sogar einander widersprechender Interessen mit einer Zuordnung sektionaler Aufgaben überwunden wird.«

Geht man von einem solchen »symbiotischen« Zivilisationsbegriff aus, so stellt sich das Problem der Integration der Zuwanderer nicht als eines ihrer Einschmelzung in die „deutsche“ (oder „europäische“) Bildungskultur, sondern als Aufgabe des Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Herkunft. Dieses Zusammenleben wird von Verhaltensregeln und Rechtsformen geprägt. Die „Zugehörigkeit zur Staatsbürgerschaft“ begründet einen »Verfassungspatriotismus« (Habermas), der unsere Rechts- und Staatsgeschichte als maßgeblich verbindende Tradition einschließt, auch unsere Entwicklung zu Demokratie und Toleranz. Sie sind der Kern unserer Kultur und können die Basis des Zusammenlebens auch mit Zuwanderern in Anerkennung völliger Gleichberechtigung bilden.

Rainer Mackensen

<sup>1</sup> „Herausforderung Vielfalt: Plädoyer für eine kosmopolitische Soziologie“, Konstanz: UVK 1999.

<sup>2</sup> Schelling 1803: Ideen; p. 62: »Das Absolute ist .... notwendig die reine Identität.« „Zunächst ist noch gar nichts gesondert, »obgleich mit der ersten Sonderung ... auch die fernere Sonderung ... gesetzt wird.« ... so bildet sich, »weil jede mögliche Einheit wieder in andere Einheiten zerfällt, von denen jede als die besondere nur durch fortgesetzte Differenzierung erscheinen kann« ... jene Vielfalt heraus.“ Wagner 1999, 38f, zit. Schelling l.c., 189.

## Die Rente früh im Blick

Bundesregierung fordert von Berufsanfängern Initiative für das Alter

Mit ihrer Rente beschäftigen sich viele Renten-Akter näher rücken. Die Bundesregierung bekommt jeder 27-Jährige seine späteren Altersbezüge infor-

werden erkennen, dass sie zusätzlich Lebensstandard im Ruhestand halten wollen. Der Bevölkerungsaufbau ändert sich drastisch, und darauf will die Regierung mit ihrer Rentenreform reagieren: Kein Arbeitnehmer soll sich allein auf den Staat verlassen, mehr Eigenverantwortung heißt das neue Motto. Es zieht sich durch die 186 Seiten des Gesetzentwurfs, den Arbeitsminister Walter Riester (SPD) wie ein Geheimnis hütet und erst diesen Dienstag bekannt macht. Kurz vor Schluss auf Seite 171 finden sich Zahlen, die die dramatische Altersentwicklung vor Augen führen. Um die Altersbezüge von vier über 60-Jährigen zu finanzieren, stehen heute zehn Deutsche im Alter von 20 bis 60 zur Verfügung. Im Jahr 2030 muss dieselbe Zahl von Beschäftigten das Ruhegehalt von sieben Senioren erwirtschaften.

Damit der Beitrag zur Altersversicherung nicht unzumutbar steigt, spart die Regierung an den Altersbezügen. Heute bekommt ein Ruheständler 70 Prozent seines früheren Nettolohns. Seine Kinder dürfen in dreißig Jahren vergleichbar gerechnet nur 61 Prozent erwarten. Diese Lücke will Riester durch private Altersvorsorge schließen. Jeder Beschäftigte soll einen wachsenden Betrag in Aktienfonds oder Rentenversicherungen stecken, vom nächsten Jahr an ein halbes Prozent seines Einkommens, ansteigend auf vier Prozent 2008. Wer sich daran hält, dem verspricht Riester eine höhere Gesamrente als heute. Um das Sparen zu fördern, gibt es Zuschüsse: Nächstes Jahr 37,50 Mark pro Ehepartner plus 45 Mark je Kind. 2008 werden es achtmal so viel sein, Besserverdienern winkt ein Steuerfreibetrag. Diese Förderung wird für den Staat teuer. Schon 2001 kostet sie den Bund 243 Millionen Mark, Länder und Gemeinden 294 Millionen Mark. Von 2008 an macht der Bund nach Riesters Rechnung jährlich 7,9 Milliarden Mark locker, Länder und Gemeinden 9,8 Milliarden Mark. Vorausgesetzt, die Förderung wird Gesetz: Die Vorsorge ist der einzige Teil der Reform, den die Opposition im Bundesrat zu Fall bringen kann.

Tritt das neue Gesetz in Kraft, haben Arbeitnehmer die Wahl: Entweder sie nehmen hin, später weniger Rente zu bekommen, oder sie sparen nach Riester-Art und legen durch Pflichtbeiträge und Vorsorge insgesamt mehr fürs Alter zurück als heute. Entlastet werden die Beschäftigten nur in den nächsten Jahren durch die Senkung des Pflichtbeitrags zur staatlichen Rentenkasse. Nach Riesters neuesten Berechnungen fällt der Beitrag von heute 19,3 Prozent auf 18,8 Prozent 2003 und 18,7 Prozent 2010. Ohne Reform wäre der Beitrag in zehn Jahren schon bei 19,6 Prozent. Kein Wort findet sich im Gesetzentwurf über die Rentenbesteuerung – ein Versehen. Denn die Regierung will wenigstens die Beiträge zur Privatvorsorge steuerfrei stellen und erst im Alter zugreifen. Nach der Aufregung um die Besteuerung aller Beiträge vorige Woche haben die Beamten des Finanzministeriums diesen Passus jedoch schlicht vergessen.

Alexander Hageliken, SZ vom 26.09.2000

Die neueste Bevölkerungsvoranschätzung des Statistischen Bundesamtes bestätigt es, der demografische Wandel in Deutschland ist wie in vielen anderen Ländern nicht aufzuhalten: Die Menschen werden immer älter, alle zehn Jahre steigt die Lebenserwartung um annähernd ein Jahr. Die Menschen bekommen immer weniger Kinder, die Anzahl der Neugeborenen liegt um fast 35 Prozent unter dem für eine stabile Bevölkerung notwendigen Umfang. Der Anteil der über 60-Jährigen an der Bevölkerung steigt von heute ungefähr 25 Prozent auf 40 Prozent im Jahr 2030. Dies hat in unserem sozialen Sicherungssystem weit reichende Folgen vor allem für die Bereiche Pflege-, Kranken- und Rentenversicherung.

Zukünftig stehen in der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) immer weniger Beitragszahlern immer mehr Rentner gegenüber. Diese Entwicklung ist bekannt, allerdings wird das Ausmaß meist unterschätzt. Bereits heute stehen einem Rentner nur zwei Beitragszahler gegenüber, in 30 Jahren könnte das Verhältnis bei 1:1 liegen. Derartige Verwerfungen können bei gleichbleibenden Leistungen nur durch starke Anhebung der Beiträge zur GRV oder bei gleichbleibendem Beitragssatz nur durch ein deutliches Absenken der Ansprüche der Rentner aufgefangen werden. Gesucht ist jedoch eine Lösung, die allen gerecht wird.

Bundesarbeitsminister Riester hat sich entgegen der ursprünglichen Regierungsposition vom Saulus zum Paulus gewandelt und in der Rentenreform die CDU/CSU rechts überholt. Dabei sind auch die FDP sowie Bündnis 90/Die Grünen mit von der Partie, die bereits früher als die SPD die zu erwartende schwierige Situation der GRV realisiert hatten. Der aktuelle Riester-Vorschlag zur Sicherung der Renten beinhaltet unter anderem die Einführung einer neuen nettoorientierten Rentenformel, die staatliche Förderung ausgewählter privater Altersvorsorge, die Einführung eines Ausgleichsfaktors zur Dämpfung der gesetzlichen Rente der Generationen, die die Möglichkeit haben, staatlich gefördert eine private Rente aufzubauen. Ziele der Reform sind Beitragssatzdeckelung sowie Senkung der Lohnnebenkosten. Diese Ziele können durch die genannten Maßnahmen erreicht werden, allerdings zu einem großen Teil auf Kosten der Steuerzahler und der Arbeitnehmer. Ohne die Reform würden nach Angaben des Bundesarbeitsministeriums die Beitragssätze langfristig auf 24 bis 26 Prozent steigen, mit der Reform steigen sie – hoffentlich – nur auf 22 Prozent. Zusammen mit den angestrebten vier Prozent privater Altersvorsorge liegen die Beiträge dann jedoch auch bei 26 Prozent mit dem Nachteil, dass es keine paritätische Aufteilung der Beiträge mehr gibt. Die Arbeitnehmer müssen 15 Prozent statt ohne Reform 13 Prozent ihres Bruttoeinkommens aufwenden – wobei sich die gesamte Altersvorsorge verbessern würde.

### **Elegante Vorschläge**

Es gibt eine Reihe von Einwänden gegen Riesters Reformvorschläge. So bemängeln die Gewerkschaften, dass von der paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Altersvorsorge abgewichen wird. Dieser Einwand weist auf eine grundlegende Schwäche oder sogar Inkonsequenz in den Reformvorschlägen hin. Die staatlich geförderte private Altersvorsorge soll bei der Berechnung des Nettoeinkommens der Beitragszahler berücksichtigt werden und somit acht

## **Auf die Rentenformel kommt es an**

Gesucht ist eine Lösung, die allen gerecht wird  
Eckart Bomsdorf, SZ vom 23.08.2000

Jahre lang die Rentenzuwächse dämpfen. Dies ist eine elegante Lösung, sie ist konsequent gedacht, jedoch nur dann systemkonform, wenn diese Vorsorgeform obligatorisch ist. Ansonsten ist es eher eine Manipulati-

on zu Lasten vor allem der jetzigen Rentner beziehungsweise zum Schönrechnen des Rentenniveaus.

Die Prognose des Rentenniveaus ist aus heutiger Sicht kaum nachvollziehbar, allemal angesichts der noch nicht bekannten Rentenanpassungsformel. Hier besteht, wie die CDU/CSU moniert, Informationsbedarf. Die "neue" Rentenformel ist bisher noch nicht gefunden. An dieser Stelle wird über die dauerhafte Wirksamkeit der Rentenreform entschieden. Konstruktive und plausible Vorschläge zur Rentenformel aus der Wissenschaft liegen seit längerem vor.

Die staatliche Förderung privater Altersvorsorge muss im Einzelnen noch genau fixiert werden. Sie hat nur dann Sinn, wenn für die jüngeren Jahrgänge die Leistungen aus der GRV leicht gedämpft werden. Von dieser Prämisse ausgehend wurde bereits vor Riester von anderer Seite ein Dämpfungsfaktor beziehungsweise ein Generationenfaktor vorgestellt. Riesters Ausgleichsfaktor, der mit einer Absenkung des Rentenniveaus für jüngere Jahrgänge einhergeht, ist konsequent. Es wäre sogar sinnvoll, ihn mindestens 30 Jahre zu erhöhen, bis er seine volle Wirkung erzielt, da später im Regelfall jeder mindestens 30 Jahre private Altersvorsorge betreiben kann. Das Argument, dass dieser Vorschlag den vorzeitigen Rentenbezug fördert, trifft nicht zu. Der Ausgleichsfaktor beträgt ab 2011 0,3 Prozent pro Jahr für die Neurentner. Ihn zu umgehen, indem die Rente zum Beispiel ein Jahr früher beantragt wird, würde durch die verkürzte Beitragszeit und den Abschlag wegen vorzeitigen Rentenbezugs eine um rund sechs Prozent geringere Rente bedeuten. Der Einwand der Gewerkschaften, dass durch den Ausgleichsfaktor viele Rentner unter die Sozialhilfe fallen, wäre nur berechtigt, wenn heute die Renten kräftig gekürzt würden. Eine Senkung des Rentenniveaus in die Nähe von 60 Prozent für die Rentenzugänge ab etwa 2030 würde nicht dazu führen, da davon auszugehen ist, dass die Sozialhilfe bis dahin schwächer als die Renten steigt.

### **Vertrauen statt Verunsicherung**

Die Reform wird nur dann dauerhaft Erfolg haben, wenn die neue Rentenformel dafür sorgt, dass die Renten nettoorientiert aber leicht schwächer als die Nettoeinkommen steigen. Langfristig kann dieser Effekt zusammen mit der Förderung privater Altersvorsorge und dem Ausgleichsfaktor die GRV bis über das Jahr 2025 hinaus stabilisieren, wobei es sicher sinnvoll wäre, zusätzlich ab 2011 das gesetzliche Rentenzugangsalter jährlich um einen Monat zu erhöhen. Bleibt die Rentenformel unvollkommen, wird noch vor 2010 die nächste "große" Rentenreform anstehen. Ein Rentenkonsens unter Einbeziehung aller im Bundestag vertretenen Parteien wäre zu begrüßen, denn nur so kann verhindert werden, dass einseitig eine Partei die Rente zum Wahlkampfthema macht. Wir brauchen bei der gesetzlich geregelten Altersvorsorge Vertrauen statt Verunsicherung sowie langfristig die Abgabe der Verantwortung für die Rente von der Politik an eine unabhängige Institution.

*Professor Dr. Eckart Bomsdorf ist an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Uni-Köln tätig.*

Die rot-grüne Bundesregierung will den Zuwachs der Renten kürzen, um die Rentenversicherung trotz der Alterung der Gesellschaft finanzierbar zu halten. Ein Kürzungsinstrument ist der Ausgleichsfaktor, der jährlich ansteigen und erstmals ab dem Jahr 2011 wirken soll. Jeder, der hält dauerhaft eine um 0,3 Prozentdem Beruf ausscheidet, für den beträgt nem heute 35-Jährigen, der bis zum bezüge um sechs Prozentpunkte gegen seines vorherigen Nettolohns statt form der Regierung hätte und die ein heutiger Rentner hat. Der Ausgleichsfaktor teilt die Ruheständler in zwei Klassen. Wer vor 2011 aus dem Beruf ausscheidet, darf sich über ein dauerhaft höheres Rentenniveau freuen. Die CDU/CSU hält dies für ungerecht und spricht von einer einseitigen Belastung der jüngeren Generation. Sie verlangt eine Abschaffung des Ausgleichsfaktors und schlägt ihren demografischen Faktor vor, der auch heutige Rentner treffen würde. Die Regierung kontert, auch sie kürze über ein zweites Instrument die Altersbezüge heutiger Ruheständler. Zudem könnten die Arbeitnehmer ihre Rente von morgen durch private Altersvorsorge aufbessern, für die es staatliche Zuschüsse geben soll.

## Ausgleichsfaktor

### Lexikon

in diesem Jahr in Ruhestand geht, erpunkte geringere Rente. Wer 2012 aus der Abschlag 0,6 Prozentpunkte. Ei-Jahr 2030 arbeitet, werden die Alterskürzt. Sie betragen nur noch 64 Prozent, die er ohne die Rentenreform der Regierung hätte und die ein heutiger Rentner hat. Der Ausgleichsfaktor teilt die Ruheständler in zwei Klassen. Wer vor 2011 aus dem Beruf ausscheidet, darf sich über ein dauerhaft höheres Rentenniveau freuen. Die CDU/CSU hält dies für ungerecht und spricht von einer einseitigen Belastung der jüngeren Generation. Sie verlangt eine Abschaffung des Ausgleichsfaktors und schlägt ihren demografischen Faktor vor, der auch heutige Rentner treffen würde. Die Regierung kontert, auch sie kürze über ein zweites Instrument die Altersbezüge heutiger Ruheständler. Zudem könnten die Arbeitnehmer ihre Rente von morgen durch private Altersvorsorge aufbessern, für die es staatliche Zuschüsse geben soll.

## Die Einwanderungsdebatte und der Bankrott der Familienpolitik “Frauen, Familie und das ganze Gedöns”

In der Ära Kohl blieben die Familien auf der Strecke –  
Bei Rot-Grün ist es nicht besser /  
Letzte Hoffnung Bundesverfassungsgericht  
Von Jürgen Borchert

Die Debatte um das Einwanderungsgesetz ist ein Musterfall für politisches Versagen: Erstens weil die Demographiediskussion erst jetzt richtig in Gang kommt, obwohl die Bevölkerungswissenschaft seit über 25 Jahren die Alarmglocken läutete. Zweitens weil – Leitkultur hin, Greencard her- die Fragwürdigkeit des Einwanderungsrezepts und seine gravierenden Probleme nicht differenziert diskutiert, sondern fast als Glaubenskrieg inszeniert werden. Vor allem aber – drittens – setzt das Einwanderungskonzept wieder einmal nur an den Symptomen an und ist als Therapie untauglich. Und viertens lenkt die Politik so von eigenen katastrophalen Fehlern ab.

### Keine Pampers – keine Lehrlinge

Deutschland altert. Zwar war in den zurückliegenden 30 Jahren die Bevölkerungsstruktur Deutschlands, gemessen am sog. “Alterslastquotienten” (d.h. dem Verhältnis der 60plus-Generation zu den 20 bis 60jährigen) besser als je zuvor im letzten Jahrhundert. Grund hierfür waren die Geburtenausfälle im und nach dem Ersten Weltkrieg, die Todesfälle in beiden Weltkriegen und drittens schließlich der “Babyboom” von 1948 bis etwa 1968. Innerhalb der jetzt kommenden 30 Jahre wird sich diese Situation aber sehr rasch und grundlegend verändern. Nun gehen die “Babyboomer” (1948 bis 1968) auf den Ruhestand zu, und ihnen folgt die um ein rundes Drittel kleinere “Pillenknickgeneration”, welcher ebenfalls wieder eine um mehr als ein Drittel schwächere Generation nachwächst. Die Folge: Die sozialen Lasten – Rente, Gesundheit, Pflege – steigen, während die wirtschaftliche Dynamik nachlässt. Diese Entwicklung wirft ihre Schatten voraus: zum Beispiel, wenn Procter & Gamble wegen des Geburtenrückgangs die Pampersproduktion im Werk Crailsheim einstellt oder das deutsche Handwerk den Lehrlingsmangel beklagt und auch für diesen Bereich eine Greencard fordert (SZ v. 20.10.) Überraschend kommt dies alles nicht. Vielmehr hat die Fachwelt seit Mitte der 70er Jahre Alarm ge-

schlagen, Experten aller Parteien waren wohlinformiert.

Nun soll schnellstens ein Einwanderungsgesetz her. Noch ist das Konzept vage. Dass aber, wer auch nur leise Vorbehalte äußert, die Gebote der “political correctness” verletzt, musste zuletzt CDU/CSU-Fraktionschef Friedrich Merz erfahren, als er künftigen Immigranten die Anpassung an die deutsche Leitkultur abverlangen wollte. Dabei ist eine umfassende Diskussion über die Möglichkeiten und Grenzen des Einwanderungskonzepts unbedingt nötig.

### Operation ohne Diagnose

Vor allem sollte allen Beteiligten klar sein, dass das Einwanderungskonzept am Symptom und nicht der Ursache der dramatischen Veränderung des Bevölkerungsaufbaus ansetzt. Quasi eine Operation ohne Diagnose also, deren Therapiechancen entsprechend niedrig sind. Hierüber zu streiten, wird der Politik aber besonders schwer fallen, weil dies das Eingeständnis eigener schwerer Fehler voraussetzt. Die Ursache der Kinderlosigkeit ist nämlich nicht der böse Individualismus oder gar ein Verlust an Zeugungsfähigkeit. Sie wurzelt vielmehr in handfesten ökonomischen Benachteiligungen der Familien, welche die Politik selbst durch die Gestaltung des Steuer- und Sozialsystems geschaffen hat. Wer sich heute als Durchschnittsverdiener für ein Leben mit mehreren Kindern entscheidet, rutscht aktuell und später im Alter oft unter das Sozialhilfeniveau ab. Besonders für Frauen mit guter Ausbildung wird die Kinderperspektive infolge des relativen Einkommensverlustes extrem teuer. Die Kinderarmut vor allem in der Mittelschicht, das zeigen alle Untersuchungen, ist eine klare Folge rationaler Planung. Gegen diese Einsicht hat sich die Politik lange gewehrt; man solle Kinder nicht so “ökonomisieren”, viel wichtiger sei doch das Glück, das sie bedeuteten.

### 16 Jahre Kohl: Arme Familien

Erst nachdem das Bundesverfassungsgericht sich seit 1990 mit einem runden Dutzend familienpolitischer Entscheidungen zu Wort gemeldet und klar gemacht hatte, dass es die politisch geschaffenen Bedingungen im Bereich Steuer und Rente waren, die den Familien in verfassungswidriger Weise das Leben immer schwerer machten, kam Bewegung

in die Familienpolitik. Tatsächlich bezeichnete die Bundesregierung in ihrer Stellungnahme zum 5. Familienbericht es 1994 dann auch als ihr oberstes Politikziel, die Einkommenskluft zwischen Familien und Kinderlosen einzuebnen.

Hiervon sind wir allerdings weiter denn je entfernt. Denn trotz eines Jahrzehnts familienpolitischer Interventionen des Bundesverfassungsgerichts ist die relative Einkommenssituation der jungen Familien heute schlechter als je zuvor. Das ist das alarmierende Ergebnis einer kürzlich veröffentlichten Studie des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg. Die Stuttgarter stellten darin fest, dass sich das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen dreiköpfiger Familien 1998 netto auf nur 63 Prozent des durchschnittlichen Einkommens kinderloser junger Paare belief; bei zwei Kindern lag das Verhältnis bei 51 % und bei drei Kindern bei 43 %.

Zwar waren die Zahlen nahezu identisch mit jenen des Jahres 1982 (= 62% bei einem Kind), dabei bleibt jedoch der enorme Anstieg der Verbrauchsteuern unberücksichtigt. So stieg allein die Mehrwertsteuer seit 1982 bis zum 1. April 1998 in drei Schritten von 13 auf 16 Prozent. Auch die Mineralölsteuer wurde zwischenzeitlich mehrfach erhöht. Zuletzt kam die Ökosteuer hinzu. Verbrauchsteuern sind damit die dominierende Einnahmequelle des Fiskus geworden. Diese Steuern belasten Familien viel härter als kinderlose Haushalte. Kein Zweifel: Den Familien geht es nach 16 Jahren unionsgeführter Familienpolitik noch viel schlechter als vor Helmut Kohls Amtsantritt 1982.

Aber wurde nicht das Kindergeld in Kohls Amtszeit von 50 auf 220 Mark erhöht, das Erziehungsgeld verlängert, das Familienexistenzminimum von der Einkommenssteuer befreit? Alles richtig, aber bei weitem nicht ausreichend. Denn ausnahmslos jeder familienpolitische Kraftakt wurde durch Maßnahmen konterkariert, welche die relative Einkommenssituation der Familien weiter verschlechterte. So war das absurde Ergebnis der als "große familienpolitische Reform" apostrophierten Steuerreform 1985/90, dass der Single mit einem Bruttoeinkommen von 60 000 DM um 4551 DM entlastet wurde, die vierköpfige Familie mit demselben Brutto aber nur um 2596 DM; kein Ausrutscher, denn bei 85 000 DM brutto betrug die Relation 1995 zu 4774 DM. Gleichzeitig wurde seit 1990, nachdem das Bundesverfassungsgericht die steuerliche Freistellung des Familienexistenzminimums verlangt hatte, die maßgebende Regelsatzbemessung bei der Sozialhilfe zu Lasten der Familien herunter manipuliert.

*Rot-Grün: Es wird nicht besser*

Dass auch Rot-Grün die Familienpolitik links liegen lassen würde, war spätestens klar, nachdem Kanzlerkandidat Gerhard Schröder seine Familienministerin im Schattenkabinett Christine Bergmann mit den Worten vorstellte, sie sei "für Frauen, Familie und das ganze Gedöns" zuständig. Tatsächlich könnte die familienpolitische Schlagseite seiner Politik kaum brutaler sein: Zuerst koppelte man die Regelsätze der Sozialhilfe an die Inflationsrate, - bitter für die Armen und Familien, denn dieser Index spiegelt die Teuerung der Vergangenheit von 1997/98, nicht die ungleich größere Teuerung im Jahr 2000. Dann wurden Millionen hinzuverdienende Mütter mit geringfügigen Erwerbseinkünften zur Kasse gebeten; statt einer Pauschalbesteuerung von 20 Prozent wurde eine 22 prozentige Sozialabgabe mit hohem

Verwaltungsaufwand eingeführt. Die Folge: ein Aussterben der familienfreundlichen Minijobs.

*Skandalöse Steuerreform*

Danach kam die familienblinde Ökosteuer. Nicht nur die höheren Energiekosten gehen zu Lasten der Familien, sondern auch die Verwendung der Steuereinnahmen zur Rentenfinanzierung: Der Single bekommt bei gleichem Bruttoeinkommen dieselbe Beitragsentlastung wie die mehrköpfige Familie - Folge: Der Pro-Kopf-Einkommensabstand zwischen Familien und Nicht-Familien wächst rapide. Nach offiziellen Berechnungen wird der kinderlose Arbeitnehmerhaushalt mit einem Bruttoeinkommen von 10 000 DM in der ersten Stufe ab April 1999 um monatlich 9,64 DM entlastet, während die vierköpfige Familie mit 3 500 DM brutto mit 9,39 DM belastet wird. Zu Unrecht hält Rot-Grün dem die Kindergelderhöhung um 50 auf 270 DM entgegen. Diese reicht nämlich nicht einmal aus, um die Forderungen des Bundesverfassungsgerichts nach einer gerechten Einkommensbesteuerung der Familien zu erfüllen. Erst recht kompensiert sie nicht die ungerechte Ökosteuer.

Besonders stolz sind die Roten und Grünen schließlich auf ihre Steuerreform 2000/2005. Zu Unrecht. Denn die verteilungspolitischen Fehler der Steuerreform 1985/90 zu Lasten der Familien werden wiederholt: Während der Ledige mit 60 000 DM brutto mit jährlich 2098 DM entlastet wird, fallen für die vierköpfige Familie mit demselben Bruttogehalt nur 1860 DM ab; bei höheren Einkommen wird die Kluft noch größer.

Sofern nicht alles täuscht, wird RotGrün auch bei der Rentenreform familienblind hantieren. Das zeigt nämlich der Blick auf die Förderung der Privatvorsorge. Menschen mit Verdiensten oberhalb der Beitragsbemessungsgrenzen sollen 8000 DM im Jahr steuerlich absetzen dürfen. Bei einem Grenzsteuersatz von 40 Prozent sind das 3200 DM im Jahr. Das Durchschnittshepaar mit zwei Kindern wird dagegen nur eine jährliche Förderung von 1320 DM erhalten. Rechnet man die Effekte von Steuer- und Rentenreform zusammen, summieren sich die Geschenke für den 150 000-DM-Yuppie auf über 12 000 DM, während für die Normalverdienfamilie gerade mal 3180 DM übrig bleiben. Mit diesem Almosen werden nicht einmal die relativen Mehrbelastungen durch die Verbrauchssteuern ausgeglichen. Dieses Ergebnis ist nicht nur komplett verfassungswidrig, sondern auch ökonomisch wie ökologisch unsinnig. Einkommen und Bedarf klaffen immer weiter auseinander: Bei den Familien, dort, wo der große ungedeckte Bedarf besteht, schrumpfen relativ die Einkommen und damit die Nachfrage, während dort, wo der Bedarf gering oder gar schon gedeckt ist, bei den Singles, die Einkommensüberhänge wachsen. Viel davon kann nur in ökologisch besonders schädlichen Luxuskonsum - Fernreisen, exotische Essgewohnheiten und dergleichen - wandern.

Fazit: Auf einem zentralen Politikfeld versagt Rot-Grün, und die Opposition ist wegen ihrer eigenen unrühmlichen Vergangenheit gelähmt. Am Ende ruhen so alle Hoffnungen nur noch auf dem Bundesverfassungsgericht.

*Jürgen Borchert ist Sozialrichter in Darmstadt und viel gefragter Gutachter zu sozial- und familienpolitischen Themen.*

*SZ vom 31.10.2000 Wirtschaft*

### **Schily gibt der Zuwanderungs- kommission Aufgaben vor**

on soll unter anderem prüfen, ob Änderungen im Asylverfahren nötig sind, um die Entscheidungen zu beschleunigen.

Für die Kommission «gelten keinerlei Denkverbote». Sie müsse «völlig unbeeinflusst und unabhängig ihre Arbeit leisten können», sagte Schily am Dienstagabend bei der konstituierenden Sitzung der Kommission. Die Vorsitzende des Gremiums, die frühere Bundestagspräsidentin Rita Süsmuth, nannte die Beschäftigung mit der Zuwanderungsfrage eine längst überfällige Aufgabe.

Die Kommission soll bis zur Sommerpause 2001 konkrete Empfehlungen für eine künftige Zuwanderungspolitik erarbeiten. Diese sollen Grundlage für politische Entscheidungen noch in dieser Legislaturperiode sein. Das Regelwerk muss sich laut Schily durch Flexibilität, Transparenz und Praktikabilität auszeichnen. Nach den Vorgaben Schilys soll die Kommission den Zuwanderungsbedarf ermitteln und untersuchen, welche Maßnahmen erforderlich sind, um Zuwanderung zu steuern und zu begrenzen.

Außerdem soll sie sich mit den Zuwanderungsregelungen für Spätaussiedler befassen und Integrationskonzepte untersuchen. Nach Einschätzung Schilys hat sich die Debatte um die Zuwanderung versachlicht. Über die Parteigrenzen hinweg würden die positiven Wirkungen der Zuwanderung beachtet.

Süsmuth sagte, die Kommission solle für die Menschen im eigenen Land ebenso wie für ein offenes Land eintreten. Bei der Integration von Einwanderern habe es entscheidende Versäumnisse gegeben. Die Mitarbeit von Süsmuth in der Kommission hatte innerhalb der Union heftige Kritik ausgelöst. Ihr wurde vorgehalten, sich für die rot-grüne Politik einspannen zu lassen. Politiker aus Regierungs- und Oppositionsparteien traten vor der Kommissionssitzung für eine Konsenslösung ein. Der bayerische Innenminister Günther Beckstein bezweifelte aber eine erfolgreiche Arbeit der Kommission. Deutschland sei kein klassisches Einwanderungsland.

Das Kommissionsmitglied Vural Öger plädierte für eine gesteuerte Zuwanderung. Einwanderung dürfe «kein offenes, weites Tor» sein, sagte der türkisch-stämmige Unternehmer im InfoRadio Berlin-Brandenburg. Öger wandte sich dagegen, die Frage der Zuwanderung mit dem Asylrecht zu vermischen. Auch der innenpolitische Sprecher der Grünen, Cem Özdemir, warnte davor, «alte Schlachten um das Asylrecht zu schlagen». Özdemir bekräftigte wie sein SPD-Kollege Dieter Wiefelspütz den Willen der rot-grünen Koalition, die Zuwanderung im parteiübergreifenden Konsens zu regeln. Dafür sah auch der CDU-Rechtsexperte und Kommissionsmitglied Horst Eylmann gute Chancen.

Westdeutsche Zeitung Politik 13.9.2000

Österreich wird im Verhältnis zur eigenen Bevölkerung die meisten Zuwanderer aufnehmen. Für den Arbeitsmarkt sei das aber verkraftbar, meinen Experten.

WIEN (maf). Migration aus den zukünftigen EU-Mitgliedsländern

Mittel- und Osteuropas wird für Österreich und Deutschland ein zwar signifikantes aber lösbares Problem sein. Zu dieser Erkenntnis kamen Experten bei einer von der EU-Kommission veranstalteten Podiumsdiskussion in Wien.

Eine von Herbert Brücker vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung präsentierte Studie rechnet damit, daß innerhalb von 30 Jahren 3,9 Millionen Menschen von Osten nach Westen wandern. Die Migrationsströme würden zu Beginn besonders stark sein und dann kontinuierlich abnehmen.

Der Wissenschaftler Karl Pichelmann, Mitarbeiter der EU-Kommission, hat die Zahlen der Studie für Österreich hochgerechnet: Für den Fall, daß im

**Innerhalb von 30 Jahren  
wandern 3,9 Millionen  
Menschen von  
Osten nach Westen .**

Jahr 2005 fünf neue Mitglieder - darunter Polen - der EU beitreten, würden innerhalb von fünf Jahren 100.000 Immigranten nach Österreich kommen. Dies unter der Voraussetzung,

daß es keinerlei Übergangsbestimmungen für den freien Personenverkehr gebe. Österreich sei damit im Verhältnis zur Bevölkerungszahl mit Abstand am stärksten in der EU belastet. In absoluten Zahlen gäbe es die meisten Immigranten in Deutschland. Dies liege zum einen in der geographischen Nähe begründet. So ist mit zahlreichen Tagespendlern aus dem nahegelegenen Großraum Bratislava zu rechnen. Zum anderen in der Tendenz, bei der Migration auf bestehende Netzwerke zurückzugreifen. Dort wo es bereits viele Zuwanderer gibt, würden auch die meisten neuen dazukommen.

Einkommensschere bleibt Grund für die hohe Zuwanderung. Die Beitrittskandidaten erreichen 38 Prozent des Pro-Kopf-

**Einkommensschere  
bleibt Grund für die  
hohe Zuwanderung**

Einkommens im EU-Schnitt und das werde sich so bald auch nicht ändern. "Die Einkommensunterschiede werden lange Zeit bestehen bleiben", so Pichelmann. Mit einer raschen Annäherung

sei nicht zu rechnen. Für die EU insgesamt seien keine signifikanten Effekte aus der Migration zu erwarten, wohl aber für Österreich und Deutschland. Aber auch diese sollten "für die Politik bewältigbar sein", so Pichelmann. Zumal sich bereits ein Arbeitskräftemangel abzeichne. In der demographischen Entwicklung zeichne sich ein deutlicher Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ab. Zuwanderung könne sich daher auch positiv auf Arbeitsmarkt und Pensionssystem auswirken. Trotzdem plädieren die meisten Experten für eine Übergangsregelung. Zum einen lasse sich die tatsächliche Migrationsbewegung nicht exakt prognostizieren. Zum anderen diene sie der Beruhigung der Bevölkerung. Brücker plädiert für eine Quotenregelung: Für einen befristeten Zeitraum von fünf bis sieben Jahren sollten Zuwanderungsquoten festgelegt werden. Diese könne man flexibel handhaben und notfalls schon früher aufheben.

Presse, Die Wirtschaft 13.9.2000

**Osterweiterung  
bringt 100.000  
Zuwanderer**

Für Statistiker erschließt sich die Welt aus Zahlenreihen. Die in ihnen verborgene Wahrheit kann so brutal sein, dass sie sich manchmal nur mit drastischen Vokabeln erklären lässt. "Das Szenario", stöhnt Annett Kirschke auf, "ist einfach absolut Horrorthaft."

Seit gut vier Jahren arbeitet die Dresdnerin im Statistischen Landesamt von Sachsen als Expertin für Demographie. In dieser Funktion hat sie jüngst daran mitgewirkt, die langfristige Entwicklung der Bevölkerung im Königreich von Kurt Biedenkopf zu prognostizieren.

Die Ergebnisse sind durchweg deprimierend. Zwischen den Jahren 2000 und 2020 verliert Sachsen 371 000 Einwohner. Das sind mehr, als in Chemnitz, der drittgrößten Stadt des Freistaates, leben. Aber nicht allein die Zahl, auch die Zusammensetzung der dann gerade mal vier Millionen Sachsen - 1988 waren es fast fünf Millionen - ist Besorgnis erregend. Die Bewohner zwischen Zwickau und Zittau verreisen zunehmend, obwohl sie schon 1997 mit durchschnittlich 41,2 Jahren die ältesten Deutschen waren.

Doch das alles ist noch nichts. Gemessen zumindest an jener Kommune, die für die Statistikerin Kirschke "unsere graugrüne im gesamten Freistaat" ist: das ostsächsische Hoyerswerda.

In vier verschiedenen Varianten hat das Landesamt die Zukunft von Hoyerswerda ausgeleuchtet. Das bittere Fazit: Die Stadt, einst für mehr als 72 000 Menschen gebaut, hat so gut wie keine Zukunft. Das Schicksal der 732-jährigen Sorben-Siedlung wird von zwei negativen, sich gegenseitig verstärkenden Trends dominiert: Abwanderung und Überalterung. Hoyerswerda ist eine aussterbende Stadt, bis 2015 schrumpft sie trotz einer vorgenommenen Eingemeindung auf 40 300 Einwohner, bestenfalls sind es 700 mehr. Im Jahr 2020 wird die Marke von 40 000 endgültig und nachhaltig unterschritten. Und damit ist die Abwärtsspirale längst nicht beendet.

Manche Städte halbieren sich binnen weniger Jahrzehnte nahezu. Die Entvölkerung des Ostens droht viele Geisterorte zu hinterlassen. Noch im Jahr 1990 zählte die DDR gut 16 Millionen Einwohner. Bis dahin hatten bereits 4,6 Millionen Menschen, also mehr als ein Viertel der Bevölkerung, dem Arbeiter- und Bauernstaat den Rücken gekehrt. Die fatale Auszehrung konnte auch nach der Einheit nicht gestoppt werden, sondern beschleunigte sich zunächst sogar. Neben der Abwanderung sorgen, nun perspektivisch verstärkt, demographische Faktoren wie der massive Geburtenrückgang nach der Wende für künftige Verluste.

Im Jahr 2020 werden auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, West-Berlin ausgeklammert, aller Voraussicht nach nur 14 Millionen Personen beheimatet sein. Das bedeutet: Genau 75 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg wird sich die Bevöl-

## Hoyerswerda wird eine Geisterstadt

In Ostsachsen verstärken sich  
Abwanderung und Überalterung immer mehr

Das Schicksal der 732-jährigen Sorben-Siedlung wird von zwei negativen, sich gegenseitig verstärkenden Trends dominiert: Abwanderung und Überalterung. Hoyerswerda ist eine aussterbende Stadt, bis 2015 schrumpft sie trotz einer vorgenommenen Eingemeindung auf 40 300 Einwohner, bestenfalls sind es 700 mehr.

Die Propaganda von Walter Ulbricht ließ die Stadt sogleich als "das jüngste Gesicht der DDR" preisen. Bald wird Hoyerswerda ganz alt aussehen, so alt, wie wohl kaum eine andere Kommune in Deutschland.

kerung eines Gebietes, das gut 30 Prozent der Fläche der alten Bundesrepublik umfasst, um nahezu ein Drittel reduziert haben. Eine solche Entleerung einer derart großen Region gab es seit 1945 nirgendwo in Europa, selbst nicht im Mezzogiorno, dem Armenhaus Italiens.

Der Rückgang trifft das von gravierenden Strukturproblemen geplagte Hoyerswerda mit überhafter Wucht. Das Elend der Kreisstadt, die sorbisch Wojerecy heißt, lässt sich im Internet besichtigen. Dort führt eine virtuelle Stadttour in 14 Stationen durch die Neustadt von Hoyerswerda - ein nahezu zehn Quadratkilometer großes Areal mit zehn gigantischen Wohnkomplexen, realsozialistisch penibel von "WK I" bis "WK X" durchnummeriert.

Für "WK I" wurde am 31. August 1955 der Grundstein gelegt, "WK X" ist erst 1990 fertig geworden. Benötigt wurden die Quartiere für das Mitte der fünfziger Jahre auf die grüne Wiese gestellte Kombinat "Schwarze Pumpe", seinerzeit das größte Braunkohleveredlungswerk der Welt. Mit der Ausbeutung der riesigen Braunkohlevorhaben ver-

zehnfachte sich die Zahl der Einwohner.

Doch dann wurde mit der Wende die Braunkohleausbeutung, die die Natur zerstörte und die Luft verpestete, auf ein erträgliches Maß zurückgeschraubt. Und das bedeutete das Todesurteil für das sozialistische Hoyerswerda.

Von den etwa 26 000 Wohnungen in der Stadt ist heute schon jede fünfte unvermietet. Allein die kommunale Gesellschaft, die vornehmlich im Plattenbau 14 000 Einheiten mit 27 000 Bewohnern verwaltet, meldet 3050 Leerstände. "Wir erwarten, dass die Zahl auf rund 4500 steigt", berichtet Geschäftsführerin Margitta Faßl. Mit anderen Worten: Bald wird jede dritte Wohnung, eine gruselige Vorstellung, ohne Nutzer sein. Nur die Abrissbirne könnte Abhilfe schaffen: "Wir müssen reichlich 100 Häuser abbrechen", so Faßl.

Eine Arbeitslosenquote von zuletzt 26,6 Prozent, keine nennenswerte Ansiedlung in Sicht, die Jobs bringen würde, viel zu wenig Ausbildungsplätze, fast komplette Schulklassen, die ihrer Heimat mangels Perspektive nach dem Abschluss den Rücken zukehren. Zu dieser Beschreibung gehört, dass nach Variante 4 im Jahr 2015 auf je 1000 Einwohner 16,1 Sterbefälle kommen, aber nur 7,8 Geburten. Und dass der Saldo aus Fort- und Zuzügen bei minus 8,2 liegt. Und dass die Bürger im Schnitt 46,4

(1998: 41,3) Jahre alt sein werden.

"Die Statistik sagt, dass der Altersdurchschnitt der Einwohner 24 Jahre beträgt", meldete 1968 der Artikeldienst Mitteldeutschland. Die Propaganda von Walter Ulbricht ließ die Stadt sogleich als "das jüngste Gesicht der DDR" preisen. Bald wird Hoyerswerda ganz alt aussehen, so alt, wie wohl kaum eine andere Kommune in Deutschland.

### **Blick ins neue Jahrtausend - was erwarten die Immobilien-Profis?**

WELT-Umfrage: Makler, Initiatoren, Bauträger und Immobilienexperten über Demographie und Globalisierung

Das neue Jahrtausend beginnt - was sagen die Immobilienprofis dazu? DIE WELT hat die Experten aus der Immobilienbranche befragt. Wir wollten wissen, wie sie sich die Situation des Marktes in zehn Jahren vorstellen: Wie weit wird die Europäisierung und Globalisierung fortgeschritten sein, was bedeutet die demographische Entwicklung für den Immobilienmarkt, wird der Markt in Deutschland so professionell wie in den USA, wie verändert das Internet die Branche?

Der von Demographen prophezeite Bevölkerungsrückgang scheint die Branche nicht zu schrecken. "Wir können davon ausgehen, dass die Bevölkerung in unserem Land weiter zunimmt, dass die Haushalte kleiner werden und der Anteil älterer Menschen weiter steigt. Dies wird dazu führen, dass mehr Wohnungen und größere Wohnflächen nachgefragt werden" - so Erich Hildenbrandt vom Verband Deutscher Makler. Auch Gerhard Feldmann vom Ring Deutscher Makler meint, dass "selbst bei leicht rückläufiger einheimischer Bevölkerung wegen der steigenden Wohnansprüche und der anhaltenden Verkleinerung der Haushalte eine kontinuierliche Nachfrage nach Wohnimmobilien bestehen bleiben" werde - die durch zusätzliche Einwanderer noch verstärkt werde.

Gerhard Niesslein (DeTe-Immobilien) erwartet "mehr Senioren-Immobilien, mehr betreutes Wohnen, mehr Single-Haushalte mit in die Immobilienkonzepte integrierten Service-Leistungen, mehr Besitz von Ferien-Immobilien, mehr Mobile-Offices, mehr Heimarbeitsplätze." Ähnlich sieht dies Matthias Troger (IBV), der ergänzt: "Auch der Einzelhandel wird sein Angebot auf Dauer so nicht beibehalten können. Es werden seniorengerechte Vertriebsformen entstehen."

Rainer Zitelmann, 06. Oktober 2000  
(Auszüge aus dem Beitrag)

### **Fakten über Europa auf einen Blick**

Neues DSW-Datenposter  
"Europa und seine Nachbarn" erschienen

HANNOVER, den 4. August 2000. Wie viele Menschen leben in Europa und seinen Nachbarstaaten? Welche Länder altern besonders schnell? Wie hoch ist die Zuwanderungsrate wirklich? Ob es um die Sicherheit der Altersversorgung geht oder um die Frage, wie viel Zuwanderung notwendig oder erwünscht ist - über die Variablen der Bevölkerungsentwicklung in Europa wird zurzeit viel spekuliert. Die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW) legt aus diesem Anlass heute erstmals Fakten dazu vor. Das Datenposter "Europa und seine Nachbarn" enthält alle wichtigen Bevölkerungsdaten für Europa, Russland, die Türkei und Nordafrika auf einen Blick, darunter

- Abnahme oder Wachstum der Bevölkerung
- Bevölkerungsanteil der Jungen und Alten
- Gesamtfruchtbarkeit, d. h. Zahl der Kinder pro Frau
- Anteil der ausländischen Bevölkerung
- Zuwanderungsrate
- Arbeitslosigkeitsquote
- Erwerbsbevölkerung im Jahr 2010
- Lebenserwartung für Männer und Frauen

Das Datenposter "Europa und seine Nachbarn" können Sie online bestellen, oder schreiben Sie an: Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW), Göttinger Chaussee 115, 30459 Hannover

Tel.: 05 11/9 43 73-0

Fax: 05 11/2 34 50 51

E-Mail: [info@dsw-hannover.de](mailto:info@dsw-hannover.de)

Bei Rückfragen können Sie sich jederzeit wenden an: Stefanie

Ettelt, Tel.: 0511/9 43 73-17, Fax: 05 11/ 2 34 50 51

e-mail:[stefanie.ettelt@dsw-hannover.de](mailto:stefanie.ettelt@dsw-hannover.de)

Berlin – Um dem Geburtenrückgang entgegenzuwirken, schlägt die CSU vor, ein Familiengeld in Höhe von 1000 Mark monatlich einzuführen. Bereits existierende Familienleistungen wie Kinder- und Erziehungsgeld sollen demnach zu einem einheitlichen Zuschuss gebündelt werden. Das Einkommen der Eltern gewährt Einkommensobergrenze von heiratete, bis zu der das Familiwürde", sagte der sozialpolitische Gruppe im Bundestag, Johannes will die Leistung bereits sechs ersten Kindes bewilligen und den Betrag vom zweiten Kind an aufstocken.

### **Zuwanderung reicht nicht aus**

CSU will mit Familiengeld den Geburtenrückgang stoppen  
Landesgruppe im Bundestag fordert vom Einkommen abhängigen Zuschuss von 1000 Mark und mehr Kinderbetreuung

Familiengeld soll abhängig vom werden. "Die CSU denkt an eine 100000 Mark jährlich für Vergeld in voller Höhe bezogene Sprecher der CSU-Landes-Singhammer, der SZ. Die CSU Wochen vor der Geburt des er-

Darüber hinaus mahnte die CSU Maßnahmen zur Verbesserung der Kinderbetreuung an. Sie fordert Anreize zur Gründung von Betriebskindergärten und will die Hausaufgabenbetreuung in der Schule ausbauen. "Es ist ein wesentlicher Fortschritt unserer Partei, dass nunmehr Konsens herrscht über die Notwendigkeit, berufstätige Frauen zu unterstützen", sagte Singhammer. Auch bei der Rente schwebt den Christsozialen eine Kinderkomponente von etwa 30 Mark monatlich pro Kind vor.

Mit ihren Maßnahmen will die CSU erreichen, dass die Geburtenzahl langfristig die Sterberate ausgleicht. In seinem jüngsten Bericht zur Bevölkerungsentwicklung prognostiziert das Statistische Bundesamt für das Jahr 2050, dass die Zahl der Gestorbenen die Zahl der Geborenen um jährlich 680 000 Menschen übersteigt. Die Einwohnerzahl könnte im gleichen Zeitraum auf unter 70 Millionen sinken, wobei auf zehn Deutsche im Alter von 20 bis 60 Jahren bis zu acht Senioren über 60 Jahre kämen. "Dieser Bericht sollte nicht einfach schubladisiert werden", sagte Singhammer in Berlin.

Zuwanderung hält der sozialpolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe im Bundestag nicht für geeignet, das Defizit auszugleichen. Derzeit wandern jährlich 600 000 Personen zu, während 500 000 wieder abwandern. Diese im europäischen Durchschnitt geringe Zahl erscheint der CSU jedoch als zu hoch. Singhammer fordert eine "geordnete Zuwanderung von Menschen, die sich auf Grund ihrer Qualifikation bei uns rasch einfügen können". Eine ungesteuerte Zuwanderung überfordere die deutsche Bevölkerung. "Wir sollten von klassischen Einwanderungsländern wie den USA lernen. Dorthin darf nur, wer nachweisen kann, dass er dem Land nützt indem er zum Beispiel Arbeitsplätze schafft", sagte Singhammer.

Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, sind nichteheliche Lebensgemeinschaften bei Deutschen beliebter als bei ausländischen Mitbürgern: Im April 1999 hatten Deutschland eine ausländische Staatsan-Mill. ohne Trauschein Zusammenlebensschaften (Ehe oder nichteheliche Lebensschaften in Deutschland, lag der Ausländer- In Deutschland gab es im April 1999 19,5 eheliche Lebensgemeinschaften. Dies zeigt größten jährlichen Haushaltsbefragung Deutschland. In 7 % aller Ehen hatten beide Partner eine ausländische Staatsangehörigkeit, in weiteren 4 % einer der Partner (entsprechende Anteile bei nichtehelichen Lebensgemeinschaften: 2 % bzw. 6 %). Bei den Paarbeziehungen mit jeweils zwei deutschen bzw. zwei ausländischen Partnern zeigt sich die unterschiedliche Beliebtheit der nichtehelichen Lebensgemeinschaft besonders deutlich: So lebte jedes zehnte deutsche Paar ohne Trauschein zusammen (1,90 Mill. von 19,34 Mill.), doch nur jedes 35. ausländische Paar (0,04 Mill. von 1,33 Mill.).

**Mikrozensus 1999**  
**Nichteheliche**  
**Lebensgemeinschaften**  
**bei Deutschen häufiger**  
**als bei Ausländern**

knapp 9 % der 39,0 Mill. Eheleute in gehörigkeit, gegenüber knapp 5 % der 4,1 den. Insgesamt, d.h. bei allen in Partnergemeinschaft) zusammenlebenden Menanteil bei 8 %.

Mill. Ehepaare und 2,1 Mill. Nichtgen Ergebnisse des Mikrozensus, der zur Bevölkerung und Erwerbstätigkeit in

Auffallend ist, daß Ausländer aus den EU-Ländern einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft offenbar aufgeschlossener gegenüberstehen: So lebten im April 1999 beispielsweise 2,4 Mill. Türken in Deutschland, doch nur knapp 27 000 (bzw. 1,1 %) von ihnen lebten als Partner in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft. Demgegenüber lebten von den rund 690 000 Italienern in Deutschland knapp 30 000 (bzw. 4,3 %) als Partner in einer solchen Beziehung.

*Statistisches Bundesamt, Mitteilung für die Presse 8. Juni 2000*  
*Weitere Auskünfte erteilt: Andreas Kuhn, Telefon: (01888) 643-8707*

Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, Millionen Kinder unter 6 Jahren in Fa-1991: 5,2 Millionen). 1999 lebten 0,54 Ländern und Berlin-Ost (58,3 % weniger Bundesgebiet (2,4 % weniger als Mikrozensus 1999, der größten Haus-erwerbstätigkeit in Deutschland. Die 4,5 Millionen Kinder unter 6 Jahren lebten im April 1999 in 3,6 Millionen Familien (3,1 Millionen im früheren Bundesgebiet, 0,46 Millionen in den neuen Ländern und Berlin-Ost). Im Hinblick auf das bevorstehende Osterfest bedeutet dies, daß einige von ihnen mit ihren Geschwistern unter 6 Jahren auf Ostereiersuche gehen können, und zwar im früheren Bundesgebiet etwa jedes vierte Kind (April 1999: durchschnittlich 1,28 Kinder unter 6 Jahren je Familie), in den neuen Ländern und Berlin-Ost jedoch nur rund jedes sechste Kind (1999: durchschnittlich 1,17 Kinder unter 6 Jahren je Familie).

**Mikrozensus 1999**  
**Immer weniger**  
**Kinder suchen Ostereier**

lebten in Deutschland im April 1999 4,5 milien, 13,5 % weniger als 1991 (April Millionen dieser Kinder in den neuen ger als 1991) und 4,0 Millionen im frü-1991). Das zeigen die Ergebnisse des haltsbefragung zur Bevölkerung und Er-

Die Ostereier werden vor allem im früheren Bundesgebiet immer häufiger von Alleinerziehenden versteckt: Im April 1991 hatten 3,5 Millionen Ehepaare und 0,59 Millionen Alleinerziehende Kinder unter 6 Jahren, acht Jahre später waren es 2,9 Millionen Ehepaare (17,1 % weniger als 1991) und 0,67 Millionen Alleinerziehende (13,6 % mehr als 1991). In den neuen Ländern und Berlin-Ost lebten 1999 0,27 Millionen Ehepaare mit Kindern unter 6 Jahren (63,0 % weniger als 1991) und 0,19 Millionen Alleinerziehende mit Kindern unter 6 Jahren (17,4 % weniger als 1991). Zu den Alleinerziehenden zählen auch Eltern, die in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft leben.

*Statistisches Bundesamt, Mitteilung für die Presse vom 19. April 2000*  
*Weitere Auskünfte erteilt: Dr. Klaus-Jürgen Duschek, Telefon: (01888) 643-8720*

Die Lebenserwartung in Deutschland nimmt nur 2000 errechneten sogenannten abgekürztesamt beträgt die durchschnittliche Le-74,0 Jahre und diejenige eines gerade zur entspricht 0,4 Jahren (Jungen) bzw. 0,3 Jahren (Mädchen) mehr als nach der Sterbetafel 1995/97.

**Lebenserwartung**  
**steigt weiter an**

weiterhin zu. Nach der neuesten, Anfang Jaten Sterbetafel 1996/98 des Statistischen Bunbenserwartung eines neugeborenen Jungen Welt gekommenen Mädchens 80,3 Jahre. Das

Für einen 65jährigen Mann wird jetzt als Durchschnitt eine weitere Lebenserwartung von 15,1 Jahren errechnet. Für eine gleichaltrige Frau ergeben sich im Durchschnitt noch 18,8 weitere Lebensjahre.

In den neuen Ländern und Berlin-Ost ist die durchschnittliche Lebenserwartung geringer als im früheren Bundesgebiet. Bei neugeborenen Jungen macht der Unterschied zwei Jahre und bei Mädchen ein Jahr aus. Allerdings hat hier in den letzten Jahren eine erhebliche Annäherung stattgefunden. Nach der abgekürzten Sterbetafel 1991/93 hatte die Differenz der Lebenserwartung zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern und Berlin-Ost bei Jungen über drei und bei Mädchen über zwei Jahre betragen.

Das Statistische Bundesamt berechnet jährlich eine abgekürzte Sterbetafel und damit die durchschnittliche Lebenserwartung der Bevölkerung Deutschlands. Dabei werden die für diese Rechnung benötigten Basiswerte – die nach Alter und Geschlecht untergliederten Zahlen der Sterbefälle und der Bevölkerung – aus drei Jahren zusammengefaßt. So bezieht sich beispielsweise die neue Sterbetafel auf den Zeitraum 1996/98. Detaillierte Ergebnisse der Sterbetafelberechnungen können bei der Pressestelle des Stat. Bundesamtes (Telefon: 0611-75 3444, Telefax: 0611-75 3976) bezogen werden.

*Statistisches Bundesamt, Mitteilung für die Presse vom 26. Januar 2000*  
*Weitere Auskünfte erteilt: Dieter Emmerling, Telefon: (0611) 75-2861.*

## Internet-Recherche

### Stichwort: Geburten

Unter diesem Stichwort konnte man auf der Homepage:  
[www.paperball.de](http://www.paperball.de) folgende Artikel finden (Auswahl)

#### **Eheliche Kinder machen Partnerschaften stabiler**

tis. KÖLN. Eheliche Kinder steigern nach Ansicht von Wissenschaftlern der Universität Köln die Stabilität von Lebensgemeinschaften. In einer Studie an 2 000 ehemaligen Gymnasiasten, die 1969, 1985 und 1997 wiederholt nach ihren Lebensumständen befragt wurden, stellten die Forscher fest, dass Partnerschaften stabiler sind, in denen Kinder nach der Heirat geboren werden. Geburten vor der Ehe erhöhen dagegen das Scheidungsrisiko, weil in vielen Fällen die Suche nach einem geeigneten Partner unterbrochen wurde.

Berliner Zeitung, Wissenschaft – 6.9.2000

#### **Die Gnade der anonymen Geburt?**

##### **Erstmals in Deutschland:**

##### **Angebot katholischer Frauen an junge Mütter**

Sulzbach-Rosenberg. (dpa) In Sulzbach-Rosenberg können Mütter ihre Babys bald anonym zur Welt bringen. Das Sankt-Anna-Krankenhaus in der oberpfälzischen Stadt bietet als erste Klinik Deutschlands Schwangeren die Möglichkeit der anonymen Geburt, erklärte am Montag Maria Geiss-Wittmann, die Vorsitzende des Amberger Sozialdienstes katholischer Frauen (SkF).

Der SkF betreibt in Amberg bereits seit über einem Jahr das bundesweite Modellvorhaben "Projekt Moses", bei dem Mütter ihre ungewollten Neugeborenen anonym abgeben können. So soll verhindert werden, dass verzweifelte Frauen ihre Babys umbringen oder aussetzen. Das Geburts-Angebot in Sulzbach-Rosenberg soll eine Ergänzung zum Amberger "Projekt Moses" sein. Der Chef der gynäkologischen Abteilung der Sulzbach-Rosenberger Klinik bestätigte, das anonyme Geburten in Zukunft angeboten werden sollen. "Bei dem Projekt werden wir mitmachen", sagte Jörg-Dietrich Dodenhöft. Die Frauen sollen sicher sein, dass niemand etwas von der Geburt erfährt. "Wir wollen nicht, dass irgendwo von einer Mutter allein ein Kind entbunden und dann getötet wird." Derzeit würden aber die rechtlichen Voraussetzungen für die anonymen Geburten noch vom Landratsamt Amberg-Sulzbach geprüft, sagte Dodenhöft.

Nach Angaben eines Sprechers der Kreisbehörde ist ein Antrag auf Änderung des so genannten Personenstandsgesetzes bereits in den Bundestag eingebracht worden, damit in Zukunft anonyme Geburten in Kliniken generell möglich werden. Das Landratsamt sehe "dringenden Handlungsbedarf beim vorrangigen Verfassungsauftrag, Leben zu schützen", begründete der Behördensprecher die Initiative des SkF, der Klinik und des Landratsamtes. Erst im August hatten zwei Fälle mit einem Findelkind und einem toten Mädchen für Schlagzeilen gesorgt: Bei Kelheim hatte ein Angler im Main-Donau-Kanal eine Babyleiche gefunden und in Fürth hatte eine 22-Jährige nach der Geburt ihr Kind in der Klinik zurückgelassen.

Straubinger Tagesblatt, Lokales - 12.9.2000

#### **EU-Bevölkerung 1999 leicht angestiegen**

(Brüssel) - Die Europäische Union zählte am 1. Januar diesen Jahres 375.967.700 Einwohner. Damit nahm die Bevölkerung der EU letztes Jahr um 989.200 Personen oder 2,6 Promille zu. Nach wie vor ist dies im wesentlichen mit dem Einfluss der Nettozuwanderung zu erklären, die sich auf 711.400 Personen belief und damit zu mehr als 70% zum Gesamtwachstum beitrug. Dagegen lag der Anteil des natürlichen Wachstums mit 277.700 Personen deutlich niedriger. Diese Zahlen gehen aus einem gemeinsamen Bericht von Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften und dem Europarat hervor.

Wie in allen Mitgliedstaaten erhöhte sich auch in Deutschland die Wachstumsrate der Bevölkerung geringfügig. Entsprechend der Mehrzahl der Länder war dies jedoch auf die Nettozuwanderung zurückzuführen. Nur aufgrund dieser blieb in Deutschland ein Bevölkerungsrückgang aus. Die höchsten Wachstumsraten verzeichneten Luxemburg und Irland.

In der Hälfte der Länder Mittel- und Osteuropas war 1999 ein Bevölkerungsrückgang insbesondere durch ein negatives Wachstum zu verzeichnen. Dagegen stieg zum Vergleich in den USA die Bevölkerungszahl um 2.570.300 (9,4 Promille) auf 274.035.300 bedingt durch sowohl natürliches Wachstum als auch Nettozuwanderung. Der EU-Anteil am Gesamtwachstum der Weltbevölkerung lag bei gerade einmal 1,3%, während auf China 14,6% und Indien 20,8% entfielen.

In zwölf der fünfzehn Mitgliedstaaten stieg die Fruchtbarkeitsziffer sehr geringfügig an, liegt jedoch bei allen Ländern unter der Reproduktionsziffer von ca. 2,1. EU-weit bringt jede Frau im Durchschnitt 1,45 Kinder zur Welt. Während Irland mit 1,89 Kindern an erster Stelle steht, weisen Deutschland mit 1,37 einen niedrigen und Spanien mit 1,19 den untersten Wert auf. Demgegenüber beträgt die Fruchtbarkeitsziffer in den USA 2,05 und in Indien gar 3,18. Die Zahl der nichtehelichen Geburten nahm praktisch überall in Europa zu und betrug im EU-Durchschnitt 25%.

Die Säuglingssterblichkeit ging in den meisten europäischen Ländern weiter zurück. In der EU fiel die Säuglingssterbeziffer auf 5 Sterbefälle je 1.000. Dagegen lag die Zahl in den USA bei 6,9, in China bei 30,2 und in Indien gar bei 66,8. Die Bruttosterbeziffer der Gesamtbevölkerung liegt EU-weit unverändert bei 9,9 Sterbefällen je 1.000 Einwohner. Die Lebenserwartung eines 1999 in der EU geborenen Bürgers hat sich auf 74,6 Jahre (Männer) bzw. auf 80,9 Jahre (Frauen) erhöht. Bei den Frauen haben die Spanierinnen (82,5), bei den Männern die Schweden (77,1) die höchste Lebenserwartung in der EU. In den USA betragen die entsprechenden Werte 74,1 bzw. 79,7.

Schließlich nahm die Eheschließungsziffer in der EU anders als in den Vorjahren wieder leicht zu und erreichte 5,1 je 1.000 Einwohner. Diese Umkehr war neben Deutschland in acht weiteren Mitgliedsstaaten zu verzeichnen.

#### Quelle/Kontaktadresse:

Vertretung der Europäischen Kommission  
in Deutschland

Internet: <http://www.eu-kommission.de>

**Mikrozensus 1998**  
**In ländlichen Gemeinden**  
**häufiger große Haushalte**

Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, gibt es im ländlichen Raum häufiger Privathaushalte mit vier und mehr Personen als in Großstädten. So lebten nach Ergebnissen des Mikrozensus im April 1998 in kleinen Gemeinden (bis 5000 Einwohnern) in 23% der Privathaushalte vier und mehr Personen. Hingegen war dies in Städten mit über einer halben Million Einwohnern nur in 11% der Haushalte der Fall.

Durchschnittlich lebten in einem Haushalt im April 1998 in Deutschland 2,2 Personen, wobei es Unterschiede zwischen deutschen und ausländischen Haushalten gab (deutsche Bezugsperson: 2,2 Personen, ausländische Bezugsperson: 2,7 Personen). Bezogen auf alle Privathaushalte sank die durchschnittliche Haushaltsgröße mit zunehmender Größe der Gemeinden: Sie lag in Gemeinden unter 5000 Einwohnern bei 2,5 Personen und in Großstädten mit über einer halben Million Einwohnern bei 1,9 Personen.

**Privathaushalte nach Gemeindegrößenklassen in Deutschland**

Gemeinden davon: von ... bis unter ... 1000 Einwohner	Haushalte	Haushaltsmitglieder	Durchschnittliche Haushaltsgröße	Haushalte mit vier und mehr Personen	
				Insgesamt	Anteil an allen Haushalten
	1000	1000	Personen	1 000	%
unter 5	5 811	14 386	2,5	1 344	23,1
5 - 10	3 683	8 725	2,4	754	20,5
10 - 20	5 062	11 758	2,3	981	19,4
20 - 50	6 427	14 349	2,2	1 099	17,1
50 - 100	3 402	7 258	2,1	512	15,0
100 - 200	2 899	5 909	2,0	389	13,4
200 - 500	3 961	7 801	2,0	451	11,4
500 und mehr	6 288	11 931	1,9	673	10,7
Insgesamt	37 532	82 118	2,2	6 203	16,5

Statistisches Bundesamt, Mitteilung für die Presse 20. Januar 2000 – Weitere Auskünfte erteilt: Andreas Kuhn, Telefon: (01888) 643-8707.

Die Generalversammlung des Internationalen Statistischen Instituts (ISI) hat während ihres 52. Kongresses im August 1999 in Helsinki beschlossen, die 54. Tagung im Jahr 2003 nach Berlin zu vergeben. Diese weltweite statistische Konferenz wird vom 11. bis zum 20. August 2003 im Internationalen Congress Centrum Berlin (ICC) ausgerichtet. Vor hundert Jahren, 1903, fand schon einmal ein ISI-Kongress in Berlin statt. An ihm haben damals 245 Statistiker aus aller Welt teilgenommen, im Jahr 2003 werden mehr als 3000 Statistiker aus aller Welt in Berlin erwartet.

Das Internationale Statistische Institut (ISI) wurde im Jahre 1885 errichtet. Seine Vorläuferorganisation, der Internationale Statistische Kongress, begann seine Arbeit schon 1853 und tagte erstmals 1863 in Berlin. Damit ist das ISI eine der ältesten, heute noch bestehenden wissenschaftlichen Vereinigungen. Es ist eine unabhängige Organisation, die sich zum Ziel gesetzt hat, statistische Methoden und ihre Anwendung zu entwickeln und zu verbessern, indem sie die internationale Zusammenarbeit und den Erfahrungsaustausch fördert. Derzeit gehören dem ISI mehr als 2 000 persönliche Mitglieder aus über 120 Staaten an. Das Internetangebot des ISI ist unter der Adresse [www.cbs.nl/isi](http://www.cbs.nl/isi) zu erreichen.

Der 52. ISI-Kongress fand vom 10. bis zum 18. August 1999 in Helsinki statt. An ihm nahmen rund 2200 Statistiker aus 157 Staaten teil. Sie arbeiten in unterschiedlichen wissenschaftlichen Einrichtungen, Unternehmen, internationalen Organisationen sowie in statistischen Ämtern und vertreten die gesamte Bandbreite der Disziplin. Informationen über diesen Kongress, auf dessen etwa 80 Veranstaltungen rund 800 Papiere vorgelegt wurden, sind im Internet zu finden: [www.stat.fi/](http://www.stat.fi/)

**Statistik-Weltkongress**  
**im Jahr 2003 in Berlin**

- ⇒ Das Internetangebot des ISI ist unter der Adresse [www.cbs.nl/isi](http://www.cbs.nl/isi) zu erreichen.
- ⇒ Informationen über den 52. ISI-Kongress, der vom 10. bis zum 18. August 1999 in Helsinki stattfand, finden Sie im Internet unter: [www.stat.fi/isi99](http://www.stat.fi/isi99)
- ⇒ Die 53. Sitzung des ISI wird vom 22. bis zum 29. August 2001 in Seoul stattfinden. Die Veranstalter informieren darüber im Internet unter der Anschrift: [www.nso.go.kr/isi2001](http://www.nso.go.kr/isi2001)
- ⇒ Über den Berliner ISI-Kongress 2003 unterrichtet das "Nationale Organisationskomitee" (NOK-ISI 2003) unter: [www.isi-2003.de](http://www.isi-2003.de)

[isi99](http://www.isi-2003.de). Dort sind auch die Kurzfassungen der Konferenzbeiträge dokumentiert.

Die 53. Sitzung des ISI wird vom 22. bis zum 29. August 2001 in Seoul, in der Republik Korea abgehalten. Die Veranstalter informieren über sie im Internet unter der Anschrift [www.nso.go.kr/isi2001](http://www.nso.go.kr/isi2001).

Die deutsche Statistik freut sich darauf, im Jahre 2003 in Berlin das weltweite Forum für den wissenschaftlichen Austausch der Erkenntnisse und Erfahrungen aus Theorie und Praxis der Statistik zu bieten. Über den Berliner ISI-Kongress unterrichtet das Internetangebot des "Nationalen Organisationskomitees zur Vorbereitung des 54. Kongresses des Internationalen Statistischen Instituts (ISI)

im Jahr 2003 in Berlin" (NOK-ISI 2003) unter: [www.isi-2003.de](http://www.isi-2003.de). Es wurde am 14. März diesen Jahres in Berlin in Anwesenheit der Staatssekretärin für Inneres, Koller, gegründet in Form eines Vereins, an dem alle wissenschaftlichen Vereinigungen auf dem Gebiet der Statistik beteiligt sind. Vorsitzender ist der Präsident des Statistischen Bundesamtes a.D. Merk, das Land Berlin ist durch den Stellvertretenden Direktor des Statistischen Landesamtes Berlin, Herrn Prof. Dr. Eckart Elsner, vertreten, der auch in den Vorstand, das Nationale Exekutivkomitee (NEK) gewählt wurde.

Sieben Ausschüsse unterstützen dessen Arbeit, nämlich je einer für Finanzen, wissenschaftliches Programm, Informationstechnik, Öffentlichkeitsarbeit, Sponsoring und Ausstellung, Rahmenprogramm sowie Sicherheit und Rechtsfragen. Vieles ist dabei nur in Abstimmung mit internationalen Gremien möglich. Berlin wird sich bemühen, die Stadt in angemessener Form zu repräsentieren und hat den Vorsitz im Ausschuss Rahmenprogramm übernommen.

Prof. Eckart Elsner

- Alterssicherung in der Europäischen Union. Berlin: Duncker und Humblot. Sozialpolitische Schriften. 1999.
- Ältere Ausländer und Ausländerinnen in Deutschland. Stuttgart; Berlin; Köln: Kohlhammer. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; Bd. 175.
- Datenbank, Dokumentation und Abschlussbericht der Fachtagung "Ausländische und deutsche Seniorinnen und Senioren gemeinsam: Modelle und Perspektiven gesellschaftlicher Partizipation und Integration". 2000.
- Amann, Anton (Hrsg.): Kurswechsel für das Alter. Herausg. vom Zentrum für Alternswissenschaft und Sozialpolitikforschung an der NÖ Landesakademie. Wien; Köln; Weimar: Böhlau. 2000.
- Angenendt, Steffen: Gibt es ein europäisches Asyl- und Migrationsproblem? Bonn. Europa-Union-Verlag 2000.
- Backes, Gertrud (Hrsg.): Lebenslagen im Alter. Gesellschaftliche Bedingungen und Grenzen. Opladen: Leske und Budrich. Reihe Alter(n) und Gesellschaft, Bd.1. 1999.
- Bäcker, Gerhard: Sozialpolitik und soziale Lage in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen; Wiesbaden: Westdtsch. Verlag, Bd. 1 und 2, grundlegend überarb. und erw. Aufl., 2000.
- Berger, Kai-Uwe: Migration und Integration. Eine empirische Studie zum Wanderungsgeschehen und zur sozialen Integration der Zugewanderten in Deutschland. Opladen: Leske und Budrich, Forschung Soziologie, Bd. 51, 1999.
- Berliner Gesprächsforum zur Migrationspolitik. Berliner Institut für Vergleichende Sozialforschung e.V. Informationen zur Illegalisierung von Arbeitsmigranten, Flüchtlingen, Diasporazuwanderern und von Frauen. Berlin: Ed. Parabolis. 1999.
- Blahusch, Friedrich: Zuwanderungspolitik im Spannungsfeld ordnungspolitischer und ethnisch-nationalistischer Legitimationsmuster. Peter Lang Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt, Berlin, Bern, Bruxelles, New York, Wien. 1999.
- Das Gesundheitswesen der DDR – eine historische Bilanz für zukünftige Gesundheitspolitik. Interessengemeinschaft Medizin und Gesellschaft e.V.. Berlin: Trafo-Verlag Weist, 2000.
- Die wirtschaftlichen Folgen von Trennung und Scheidung. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Stuttgart; Berlin; Köln: Kohlhammer. Schriftenreihe, Bd. 180. 2000.
- Dietz, Barbara; Holzapfel, Renate: Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund. Kinder in Aussiedlerfamilien und Asylbewerberfamilien, alleinstehende Kinderflüchtlinge. Deutsches Jugendinstitut München. Opladen: Leske und Budrich. Materialien zum zehnten Kinder- und Jugendbericht, Bd. 2. 1999.
- Eichenhofer, Eberhard: Migration und Illegalität. Osnabrück: Univ.-Verlag. Schriften des Instituts für Migrationsforschung und interkulturelle Studien der Univ. Osnabrück. 1999.
- Faber, Christel; Borchers, Uwe: Familie oder Beruf oder Beruf und Familie? Fallstudien und Perspektiven einer familienorientierten Personalpolitik der Flexibilisierung. Mering: Hampp. 1999.
- Göckenjan, Gerd: Das Alter würdigen. Altersbilder und Bedeutungswandel des Alters. Frankfurt/M.: Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft. 2000.

## PRESSESPIEGEL

### Hinweise auf neue Publikationen



- Grossmann, Gerhard: Das langsame Sterben. Eine medizinsoziologische Ökologiestudie über den Zusammenhang zwischen Wohnumfeldbelastung und Krankheit. Peter Lang Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt, Berlin, Bern, New York, Paris, Wien. 1998.
- Han, Petrus: Soziologie der Migration. Erklärungsmodelle, Fakten, politische Konsequenzen, Perspektiven. Stuttgart: Lucius und Lucius, UTB für Wissenschaft. Uni-Taschenbücher, 2000.
- Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik. Enquete-Kommission "Demographischer Wandel" (Studienprogramm). Deutscher Bundestag (Hrsg.). Heidelberg: v. Decker. 1999.
- Hohmann, Joachim S. (Hrsg.): Sinti und Roma in Deutschland. Versuch einer Bilanz. Peter Lang Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt, Berlin, Bern, New York, Paris, Wien. 1995.
- Klein, Thomas; Lauterbach, Wolfgang (Hrsg.): Nichteheleche Lebendgeburten. Analysen zum Wandel partnerschaftlicher Lebensformen. Opladen: Leske und Budrich. 1999.
- Klötzel, Lydia: Die Rußlanddeutschen zwischen Autonomie und Auswanderung. Die Geschichte einer nationalen Minderheit vor dem Hintergrund des wechselhaften deutsch-sowjet.-russ. Verhältnisses. Münster: Lit, Osteuropa-Studien. Diss. 1997. 1999.
- Leisinger, Klaus M.: Die sechste Milliarde. Weltbevölkerung und nachhaltige Entwicklung. München : Beck. Beck'sche Reihe; 1340. 1999.
- Mileck, Joseph: Zum Exodus der Rumäniendeutschen. Banater Sanktmartiner in Deutschland, Österreich und Übersee. New York; Washington; DC Baltimore; Boston; Bern; Frankf./M; Berlin; Wien; Paris. Lang 1999.
- Roloff, Juliane; Dorbritz Jürgen (Hrsg.): Familienbildung in Deutschland Anfang der 90er Jahre. Demographische Trends, individuelle Einstellungen und sozio-ökonomische Bedingungen; Ergebnisse des deutschen Family and fertility survey. Opladen: Leske und Budrich. Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, Bd. 30. 2000.
- Weltbevölkerungsbericht 2000. Frauen und Männer - getrennte Welten? Hrsg.: DSW, Broschüre, Format DIN A4, Umfang 96 Seiten, BalanceVerlag, Stuttgart (2000), ISBN 3-930723-39-5. Preis: 18,-DM
- Handbuch Weltbevölkerung. Begriffe, Fakten, Konzepte, Hrsg.: DSW, Paperback, Format DIN A5, Umfang 112 Seiten, Balance Verlag, Stuttgart (1999), ISBN 3-930406-15-2. Preis: 24,- DM
- Klaus M. Leisinger.: Hoffnung als Prinzip. Bevölkerungspolitik mit menschlichem Antlitz Hrsg.: DSW und Deutsche Welthungerhilfe, Taschenbuch, Format DIN A5, Umfang 432 Seiten, Balance Verlag, Hannover (1994), ISBN 3-930406-02-0. Preis: 24,80 DM
- Die Auswirkungen des Weltbevölkerungswachstums auf den globalen Arbeitsmarkt. Internationale Fachtagung der Konrad Adenauer Stiftung in Zusammenarbeit mit der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung. Format DIN A4, Umfang 44 Seiten (2000) - Tagungsdokumentationen der DSW (kostenlos erhältlich unter: info@dsw-hannover.de)

## Bevölkerungslehre und Bevölkerungspolitik vor 1933

1. und 2. Dezember 2000 in Berlin

Themenschwerpunkte:

- Zur Lage der Sozialwissenschaft nach dem Ersten Weltkrieg:
- Bevölkerungswissenschaft zwischen Nationalökonomie und Humanwissenschaften
- Zum Stand der demographischen Analyse und Prognose zwischen 1920 und 1930
- Bevölkerungsforschung und Statistik

Tagungsort: Harnack-Haus der Max-Planck-Gesellschaft, Innestraße 16-20

## Statistik und Jugendhilfeplanung in der Großstadt

22. bis 24. Januar 2001

Im Haus am Rupenhorn, einer sozialpädagogischen Fortbildungsstätte des Berliner Senats, wird diese internationale Tagung unter Federführung von Prof. E. Elsner durchgeführt.

Diese Tagung, die zugleich SCORUS-Tagung ist, widmet sich dem Thema *„jung und alt“*

Da der Veranstaltungsrahmen eher klein gehalten werden soll, ist die Teilnehmerzahl begrenzt. Ihre Anmeldung richten Sie gegebenenfalls an:

Haus am Rupenhorn, Am Rupenhorn 5, 1055 Berlin  
Tel.: 3006860, Fax: 30068639

## Am Rande bemerkt

**GeroStat**  
Online-Recherchen zu  
altersrelevanten Statistiken  
[www.gerostat.de](http://www.gerostat.de)



GeroStat ist ein am Deutschen Zentrum für Altersfragen entwickeltes, online zugängliches Gerontologisches Fachinformationssystem. Es umfaßt sozialgerontologisch relevante statistische Daten zu ausgewählten Lebensbereichen alter Menschen.

Die Daten basieren auf Primärstatistiken aus den Bereichen der amtlichen Statistik und der empirischen Sozialforschung und bieten durch spezifische Aufbereitungen ein neues Informationspotential.

Als elektronisches, datenbankbasiertes Werkzeug ist GeroStat eine qualitativ neue Informationsdienstleistung für die sehr komplexen gerontologischen Fragestellungen von Sozialplanern, Sozialpolitikern, Praktikern und Sozialforschern.

*Ansprechpartnerin:*

Dr. Elke Hoffmann

Deutsches Zentrum für Altersfragen

Manfred-von-Richthofen-Str. 2.

12101 Berlin

fon: 030/78604271, fax: 030/7854350

email: [hoffmann@dza.de](mailto:hoffmann@dza.de)

## Termine des Arbeitskreises Demographie der Johann-Peter-Süßmilch-Gesellschaft für Demographie

16. März 2001

Stand der Vorbereitung der Volkszählung 200X  
im Rahmen des Volkszählungstestgesetzes

21. bis 23. Juni 2001

Gemeinsame Tagung der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft e.V. und der Johann-Peter-Süßmilch-Gesellschaft für Demographie e.V. in Berlin

Thema:

*Familienpolitik und Familienstrukturen*

Tagungsort:

Katholische Akademie Berlin, Hannoversche Straße 5b

## Weltbevölkerungskonferenz 2004 in Japan?

Japan will sich um die nächste Bevölkerungskonferenz der Vereinten Nationen bewerben, die 2004 - zehn Jahre nach der Kairoer Konferenz - stattfinden soll. Bislang habe noch keine Weltbevölkerungskonferenz in einem asiatischen Land getagt, argumentieren die Befürworter des Standorts. Zudem blicke Japan selbst auf einen erfolgreichen Fertilitätsrückgang innerhalb der letzten Jahrzehnte zurück. Wie die meisten Industrienationen muss sich Japan heute mit einer zunehmend alternden Bevölkerung auseinandersetzen - ein wichtiges Thema für die Agenda der nächsten Weltbevölkerungskonferenz.

*JOICFP news, Februar 2000*

*DSW newsletter Nr. 1, Januar/Februar 2000*

## IMPRESSUM

Die Mitteilungen der Johann-Peter-Süßmilch-Gesellschaft für Demographie e. V. erscheinen zweimal jährlich. Sie werden an die Mitglieder der Gesellschaft kostenlos versandt.

**Herausgeber:**

Johann-Peter-Süßmilch-Gesellschaft für Demographie e. V.  
Vors. Prof. Dr. Eckart Elsner, Gößweinsteiner Gang 20A,  
14089 Berlin

**Bankverbindung:**

Berliner Bank, BLZ: 100 200 00, Konto-Nr.: 2099 9500 00

**Redaktion und Layout:**

Dr. Förster, Matthias; Dr. Maretzke, Steffen  
eMail: [JPSuessmilchG@gmx.de](mailto:JPSuessmilchG@gmx.de)

Die Redaktion freut sich über alle Beiträge, die zur Veröffentlichung eingereicht werden. Informieren Sie uns bitte über Veranstaltungen u.a. wichtige Dinge, die es wert sind, mitgeteilt zu werden. Beiträge für die Mitteilungen können direkt an die Redaktion:

**Dr. Matthias Förster**, Waldhöhe 7, 15834 Rangsdorf  
Tel (dtl.): 0331/2891 253/52

**Dr. Steffen Maretzke**, Landgrabenweg 5, 53343 Wachtberg  
Tel (dtl.): 01888 4012 326

möglichst bereits als WORD- oder ASCII-Datei, gesandt werden. Die Beiträge liegen in der alleinigen Verantwortung der Autoren.